

Ercheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 40 Pfg. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.

Verantwortlicher: Amt G. Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 24. April 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Ein englischer Daniel und die deutschen Shyloks.

Dem deutschen Unternehmertum ist großes Heil widerfahren. Ein Daniel, ein veritabler Daniel ist ihm vom Himmel zugesandt worden.

Unter dem Titel „Der deutsche und der englische Arbeiter“ ist hier im Verlage von Karl Ulrich u. Komp. eine Schrift erschienen, in der ein Engländer, Hr. Sidney Whitman, die „Frucht vergleichender Studien über die Lage der Arbeiter in England und Deutschland“ dem weiteren Publikum übergibt.

Ein merkwürdiger. — Engländer, dieser Herr Sidney Whitman. Man denke, der Angehörige eines Landes kommt in ein anderes Land und findet, daß dort die Verhältnisse der Arbeiter nach verschiedenen Richtungen hin viel besser sind als bei ihm zu Hause.

Besseren — nein, ein umgekehrter Lessing lobt er Preußen in Preußen und tadelt in Preußen — England. Rein Wunder, daß ihm das verbismarckte Professorenblatt gerührt um den Hals fällt.

Die Beweisführung des Herrn Sidney Whitman ist aber auch wirklich — unbegreifbar.

Daß der englische Arbeiter zunächst von vielen polizeilichen und bürokratischen Fesseln nichts weiß, die den deutschen Arbeiter auf Schritt und Tritt hemmen, kann er nicht leugnen, aber wenn der Selbsthilfe des Arbeiters keine Schranke gezogen ist, so ist dafür auch ebensowenig „seinem sittlichen Wohl Beachtung geschenkt.“

Nun, von zwei Dingen eines. Entweder steckt der Staat seine Nase in alles, was der Arbeiter thut, oder er hält sich in gewissen Schranken. In letzterem Falle bleibt natürlich dem Individuum ein größeres Stück Selbstverantwortlichkeit als in ersterem, das ist von der größeren Freiheit untrennbar.

aber der harmlose Spaziergänger ist dort viel weniger Belästigungen ausgesetzt, als in dem gesegneten Lande, wo die Polizei von Jugend auf „dem sittlichen Wohl des Arbeiters Beachtung widmet.“

Wie Herr Whitman bei diesem Beispiel so thut, als ob der deutsche Arbeiter den Kampf ums Dasein weniger zu kämpfen habe, als der englische, so besteht auch sonst seine Kunst des Vergleichens darin, daß er, wo es ihm paßt, einmal hier, einmal dort, die entscheidenden Mittelglieder fallen läßt.

Als ob es in Deutschland keine Mittelmänner gäbe! Und als ob die Zeiten der „fast vollen Freiheit der Lebensmittelfälschung“ nicht auch in England gewesen wären.

„Auf die gerühmten englischen Freiheiten im Einzelnen eingehend, weist der Verfasser nach, daß man sie sammt und sonders in einer Nacht stützen kann, wenn das Wohl der Gesellschaft oder des Staates dies erforderlich erscheinen läßt.“

Lohnt eine solche Beweisführung noch einer Widerlegung? Von der sonstigen Albernheit der Heranziehung dieses Beispiels abgesehen, selbst die mit der Wahlreform von 1832 und den Wahlreformen von 1868 und 1884 vollzogenen Revolutionen bei Seite gelassen, die aus dem aristokratisch regierten England ein demokratisch-konstitutionelles Staatswesen gemacht, dessen Schwerpunkt immer mehr nach der Seite des Proletariats gravitiert, ist das Zurückgreifen auf das England von 1815 in diesem Zusammenhang ein so großes Armutzeugniß für die zu beweisende Sache, daß jeder kritisirende Zusatz überflüssig ist.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

43

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. a. weichel.

Wenn durch vernünftige Vorstellungen von dem Alten etwas zu erreichen wäre, so hätte ich es erreicht,“ sagte er. „Ich habe ihm den Kopf gewaschen und nicht mit laulichem Wasser. Du richtest vollends nichts aus, denn Dir mißt er die Schuld bei, daß Ambros sein Stück durchgefressen hat.“

Dennoch „pakte“ es Hannes, und er war tief erschüttert. Der Pfarrer sprach ihm freundlich zu, er hörte schweigend und lächelte bitter. Dort lag der stattliche Klosterhof auf dem Hügel, und seine vielen Fenster glühten in der Mittagssonne.

Ambros, Stasi und David saßen bei dem Mittagmahl. Auf dem Tische dampfte eine Schüssel goldgelber Polenta. Stasi sprang mit einem kleinen frohen Schrei auf, als sie des jungen Geistlichen ansichtig wurde.

Hannes glaubte aus dem Ton einen Vorwurf herauszuhören, daß er das junge Paar nicht schon früher besucht hätte und bemühte sich, seiner Antwort einen heiteren Anschein zu geben: „Wann der Bauer seine stille Zeit hat, dann muß ihm der Pfarrer heranziehen und der Doktor.“

„Oho, das sagst Du?“ rief sein Bruder und wollte einen Scherz daran knüpfen, allein er fand keinen. Er hatte keine humoristische Ader.

Stasi hatte ihm inzwischen reines Geschirr gebracht, auch einen besonderen Teller, denn es schickte sich für einen geistlichen Herrn nicht, daß er aus der gemeinschaftlichen Schüssel aße. Hannes aber verschmähte den Teller und eine Weile tauchten alle Bier ihre Köpfe still in den goldenen Maisbrei.

„Leider hab' ich es schon vernommen,“ seufzte Hannes und Stasi sagte leise: „Und die Vise darf auch nicht mehr zu uns kommen.“

Das Herz des jungen Geistlichen wurde schwerer. Ambros warf hastig den Löffel hin und rief:

„Ist es denn nicht zum toll werden, daß sich der Alte nicht einbegeben will?“

„Es versteht sich von selbst, daß Dir die Härte des Vaters weh thut; aber das Grübeln darüber thut nicht gut,“ meinte Hannes. „Du verschlimmerst nur Deine eigene Lage dadurch.“

Stasi warf ihm einen dankbaren Blick zu, und er fuhr fort:

„Du sollst Dich vielmehr darauf richten, daß es vielleicht noch lange, lange dauern kann, bis dem Vater Deine Heirath ansteht. Und nehmen wir den Fall an, daß er Dir gram bliebe?“

Ambros fuhr so jäh in die Höhe, daß Hannes beschwichtigend hinzu zu setzen sich beeilte:

„Es ist nur eine Annahme; ich sage nicht, daß es geschehen werde. Doch ich sehe, daß Niemand mehr ist.“

Darauf sprach David das Dankgebet. Ambros griff nach seiner Pfeife, Stasi ging, den Tisch abräumend, ab und zu, und David begab sich mit einem Stückchen Brot auf den Hof und fütterte damit die Hühner.

Der Kurat hielt Umschau in dem Stübchen, wo er so manche gute Stunde zugebracht hatte. Es war darin nichts verändert; nur das große Bett, in dem die Wittve krank gelegen, war fortgeschafft. Es stand in der Kammer nebenan als Ehebett und an seiner Stelle hing seines Bruders Schlafzeug an der Wand. Der Stuhl in der Nähe des Fensters, auf dem Stasi zu sitzen pflegte, während er mit der Kranken geplaudert, stand noch an der alten Stelle, und die alte Uhr tickte wie sonst.

Die Streikbewegung unter den Kohlen-Bergarbeitern in Westfalen hat in den letzten Tagen bedeutlich an Ausdehnung gewonnen. In den bereits im Auslande befindlichen Gruben ist nun auch die Belegschaft der Zeche „Fröhliche Morgensonne“ mit 1100 Mann getreten, so daß nunmehr sechs Schächte sich im Auslande befinden. Alle diese Arbeitsstellen fanden statt, obwohl seitens der Leiter des Bergarbeiter-Verbandes alles aufgegeben wird, um die Leute von jedem unbefonnenen Schritte zurückzuhalten. Die Massen, welche seit wenigen Monaten sich erst einer Organisation angeschlossen haben, lassen sich eben mehr von ihrem Gefühl als von der kühlen Berechnung leiten und so ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß die Bewegung sich über das ganze Kohlenrevier ausbreitet. Nach Lage der Sache — und wir erachten es als unsere Pflicht, heute schon dies auszusprechen — kann diese Bewegung, wenn sie wirklich die gefürchtete Ausdehnung gewinnt, nur mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiter enden. Für diesen Fall aber werden die unterliegenden Arbeiter das Wort *vas victis* in seiner ganzen Schwere zu fühlen bekommen. Jene Zechenverwaltungen, welche heute die Arbeiter mit ausgesuchtester Rücksichtlichkeit, durch unmotivierte Lohnabzüge, schlechte und vor allem brutale Behandlung, Weglegen der sogenannten Führer etc., zur Arbeits-Niederlegung provozieren, wissen sehr genau, was sie thun. Es ist eine teuflische Absicht, mit der da von einzelnen Stellen vorgegangen wird, und es bedürfte eines hohen Maßes von Einsicht in die derzeitigen Wirtschaftsverhältnisse, Klugheit und Selbstbeherrschung, um jene finsternen Pläne zu Schanden zu machen. Selber scheint ein großer Theil der Bergarbeiter dieses Maß von Selbstbeherrschung und Einsicht nicht zu besitzen. Zu verwundern ist dieser Mangel freilich nicht. Ist diesen Arbeitern doch erst infolge des großen Streiks vor zwei Jahren die Möglichkeit gegeben worden, sich in ihrem neugegründeten Verbands selbständig mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu befassen. Wir fürchten sehr, daß den Arbeitern diese noch so junge Freiheit wieder verloren geht, wenn sie sich in der jetzigen schweren Krisis nicht zu beherrschen vermögen.

Und liegt ein Brief vor aus dem westfälischen Kohlenrevier, dessen Schlusszeilen lauten: „Trotzdem die Leute sich sagen, daß sie nicht siegen werden, wollen sie doch lieber streiken, als sich so tyrannisieren lassen.“ Diese Worte geben einer Stimmung Ausdruck, welche allen Jenen zu denken geben sollte, deren Interesse noch nicht damit erschöpft ist, daß die Kohlenpreise in den nächsten paar Wochen sich auf der Höhe der Schwindelpreise der letzten Monate halten. Die Arbeiter werden und müssen ja unterliegen, sie sind sich — wie wir gezeigt haben — auch über dieses ihr Schicksal klar. Außerdem aber wäre als „letzte Mittel“ die Hinte, die schießt, und der Säbel, der haut, immer noch da und wohin es gewisse Leute getrieben wissen möchten, hat uns Herr von Kardorff am letzten Dienstag im Reichstag mit dankenswerther Offenheit erzählt. Aber dahin soll es nicht kommen. Daß alle jene sozialreformerischen Mächte, die sich heute im Glanze ihrer Arbeiterfreundlichkeit fernen, nicht den Muth und auch nicht den Willen haben, energisch jenem Ring von Jobbern und Ausbeutern entgegenzutreten, welche leichtem Herzens das Wohl von Tausenden opfern, wenn das nur zur Realisirung ihrer profituläreren Pläne beiträgt, wissen wir. Heute aber streifen und damit den Kohlenmarkt „beunruhigen“ heißt jene Pläne fördern. Wir wiederholen deshalb unsere Warnung vor jedem unbefonnenen Schritt und dazu gehört bei der augenblicklichen Wirtschaftslage fast jeder Streik. Streiks jezt werden für die Arbeiter nur großes Elend im Gefolge haben, die Organisationen derselben zerfallen, die souveräne Allmacht der Herren Unternehmer auf Jahre hinaus begründen und in vielen Fällen schmutzige Verfehmungsmanöver und Preistreiberereien begünstigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 23. April.

Auch die heutige Sitzung des Reichstags gehörte dem Koalitionsrecht. Leer war das Haus, wie wir das seit Beginn dieser Arbeiterschutts-Debatte gewohnt sind — aber nicht leerer war die Halle des ersten Redners, des

Was hatte sie nicht alles hinweggetickt? Auch das Glück, welches Stasi von Ambros erwartet hatte? Es kam ihm vor, als ob ihr liebliches Gesicht viel ernster geworden, als ob ein Schatten über dem sinnigen Ausdruck ihrer Augen läge, und er strich sich mit der Hand über die Stirn und die eigenen Augen.

„Halten Sie es denn wirklich für möglich, daß der Vater hart wie ein Stein bleiben könnte?“ fragte jezt Ambros, seine Spannung hinter dichten Rauchwolken verbergend.

Hannes nahm eine Prise und versetzte, daß er an des Bruders Stelle wenigstens eine solche Möglichkeit ins Auge fassen würde.

„Du kannst es ja ruhig abwarten,“ fuhr er fort, „da Du glücklich mit Deiner Frau bist. Lasse die Zeit walten, und trübe durch Grübeln nicht Euer Beider Lebensglück. Was willst Du? Du bist jezt Dein eigener Herr und stehst auf Deinem eigenen Grund und Boden; also schaffe, als ob es keinen Klosterhof auf der Welt gäbe.“

„Mein eigener Herr?“ versetzte Ambros bitter. „Bin ich hier etwas Anderes, als der Großknecht von meiner Frau? Ihr gehört alles; ich hab' nichts.“

„Ach, Ambros, wie kannst Du nur so reden,“ schrie Stasi, welche darüber wieder in die Stube gekommen war, schmerzlich auf. „Gehört Dir nicht alles, was ich habe?“ Die Thüränen traten ihr in die Augen.

„Und gehört Deiner Frau nicht alles, was Dein ist, jezt und künftig?“ fragte Hannes unwillig. „Rechnet die Liebe? Ist sie nicht stolz und glücklich, wie im Geben, so im Empfangen?“

Stasi hatte sich zu ihrem Manne gesetzt und bat ihn, seine Hand streichelnd, daß er gut sein möchte. Hannes aber fuhr nach einem Griff in seine Dose fort:

„Du übertreibst überdies. Würdest Du auf dem Klosterhofe etwa nicht für Deine Frau und die Kinder, die Euch der Himmel wohl schenken wird, gearbeitet haben und in Zukunft arbeiten müssen?“

„Just darum“, antwortete Ambros, den bittenden Blicken

Großindustriellen Möller, dessen Rede sich in den Satz zusammenfassen läßt: was der Arbeitgeber thut, ist wohlgethan, und was der Arbeiter ohne oder wider Befehl des Arbeitgebers thut, ist „unmoralisch“. Die Gewerkschaften wünscht er hin wo der Pfeffer wächst, ist übrigens, wenn auch schweren Herzens, bereit, „auf diese Brücke zu treten“, d. h. die Gründung von Arbeiterorganisationen, mit denen die Herren Unternehmer verhandeln können, allergnädigst zu gewähren. Der „katholische Sozialist“ Stöckel leuchtete dem Herrn Großindustriellen Möller recht gut heim. Er erzählte haarsträubende Dinge aus den Bergwerksbezirken — von den „heimtlichen“ Verschwörungen der Herren Grubenbesitzer, von der Rechtslosigkeit der Arbeiter, von Verurtheilungen wegen geringfügiger Dinge, in denen der gewöhnliche Menschenverstand und das gemeine Rechtsgesühl absolut nichts Strafbares erblicken kann. Herr Stöckel müßte seinen ganzen Ausführungen nach für den sozialdemokratischen Antrag stimmen, erklärte aber, mit richtiger Zentrumslogik, daß er mit dem Centrum für den „alten“ § 153 stimmen werde. Eine weitere Heimleuchtung, und zwar eine mit sehr heller Laterne, besorgte Förster dem Hamburger Bundesraths-Bevollmächtigten Burghard. Er stellte die von ihm auf den Kopf gestellten Thatfachen wieder auf die Füße, geißelte mit der schmutzigen, wuchtigen Sprache der Wahrheit das herausfordernde, brutale, geldgierige Treiben der Unternehmer und wies namentlich nach, wie der 1. Mai vorigen Jahres von den Unternehmern, nicht von den Arbeitern, zu einer „Strafprobe“ gemacht werden sollte, und wie die damaligen Streiks durch die Unternehmer systematisch provoziert worden sind. Kurz, Förster drehte den Stiel um, und der Herr Vertreter der „kaiserlichen Republik Hamburg“ blickte höchst unwillig dazwischen. Eine köstliche Rede hielt dann Herr Damacher, nationalliberaler Großindustrieller im gräßlichen Stil, Grubenbesitzer etc. und „Aktundvorträger“ — sogar „Republikaner“ von Anno dazumal. Er liebt es, zu der Bismarck-Livree einen Hederhut zu tragen, wodurch er zwar keinen guten Geschmack bekundet, aber — wunderbar komisch wirkt. Auch heute präsentirte er sich in diesem Fastnachtskostüm und verbrämte den Regierungsparagrafen 153 mit demokratischen Phrasen.

Er denkt jedenfalls, die Kratte thut nicht so weh, wenn Blumen drum gewickelt sind und wären es auch nur Hammacher'sche Redebüchsen. Es folgte nun Stadthagen, welcher hauptsächlich den juristischen Theil der Frage in längerer Ausführung behandelte, und die bisherige Handhabung des § 153, sowie die von der Regierung vorgeschlagene Fassung des Paragraphen einer heftigen Kritik unterwarf. Er hatte das Glück, den Vertreter der „kaiserlichen Republik“ aufs parlamentarische Eis zu locken, auf welchem derselbe die seltsamsten Tänze und Wochsprünge ausführte, theilweise unter Absingung einer Melodie aus der Mamsell Angst. Die Wirkung auf das Haus war so durchschlagend, daß die Sachsaiven nicht aufhören wollten, und eine Rede des Königs Stumm vollständig überdröhnten. Nicht ein Wort des Allgewaltigen von Neunfischen war zu hören — und das erliefen der Wasse der Reichsboten als eine so große Wohlthat, daß dem verlegten dreifischhändigen Göttergötter aus Hamburg all seine Sünden gern vergeben wurden.

Das Haus war jezt nicht länger zu halten — ein Schlufantrag wurde einstimmig angenommen und, nach Ablehnung unseres Antrages konnte die von den Sozialdemokraten beantragte namentliche Abstimmung über den ersten Theil des Regierungsparagrafen gegen 142 Uhr begonnen werden. Und zwar wurde diesmal (jede namentliche Abstimmung beginnt in alphabetischer Reihenfolge mit einem anderen Buchstaben) — mit dem Buchstaben D der Anfang gemacht, was einen kleinen Rückfall in die durch den Hamburger Senator entfesselte Heiterkeit zur Folge hatte. („D — Oh! Oh weh!“) — Das Resultat der Abstimmung war 142 gegen und 78 für die Regierungsvorlage.

Für dieselbe stimmten die Konservativen und das Gros der Nationalliberalen — von letzteren 6 oder 7 mit der Majorität. — Die Großindustriellen Hammacher, Möller und Mollensiefen (der in Vochum so schöne Versprechungen gemacht) waren unter den Jofagern.

Von den noch übrigen Paragraphen der Gesetzesvorlage (den Strafparagrafen etc.) gab nur noch § 154 Anlaß zu einer Diskussion. Ein Antrag der Sozialdemokraten, das Gesetz auf die Hausindustrie auszudehnen, ward von

seiner Frau ausweichend. „Der Mann soll die Frau ernähren und nicht umgekehrt.“

„Ernähret Du sie etwa nicht, indem Du ihren Hof bewirthezt?“ fragte der Bruder dagegen. „Ist Euer Hof nur klein, um so fleißiger und sorgsamer wirst Du wirthten müssen, damit es den Deinigen an nichts gebricht.“

„Vor der Arbeit hab' ich mich mein Lebtag nicht gesehen,“ hielt Ambros dem scheinbaren Verdacht des Bruders entgegen, und Stasi rief:

„Ach nein, er macht sich ja fortwährend was zu schaffen. Er kann ja nimmer still sthen.“

Der Kurat nickte nur. Er hatte sehr gut herausgehört, daß es die beschränkten Verhältnisse waren, vor denen Ambros zurückzuckerte. Ihm war es unsäglich, wie man in dem Weisz Stasi's nach den Fleischtopfen Egyptens sich zurücksehnen könnte.

„Die Stasi hat Recht“, rief Ambros, indem er diese mit dem linken Arm umfaßte, und den rechten an sich zog und energisch fortstürmte. „Wozu hat der Mensch seine Kräfte, wenn er sie nicht brauchen kann. Und dabei fällt mir ein, daß ich den Kuhstall ausbessern muß, so lang' das Wetter schön ist.“

Stasi lächelte und drückte verstohlen die Hand, die er um ihren Leib gelegt hatte.

Hannes bestrafte ihn in seiner besseren Stimmung. Als er aber Abschied nahm, begleitete ihn die Sorge, daß er den Dämon, der in seinem Bruder sich regte, nur für den Augenblick beschwichtigt, nicht überwältigt, habe. In dieser Sorge war es ihm um Stasi's willen, deren Glück er gefährdet sah, doppelt schmerzlich, daß ihm der Klosterhof verschlossen war.

Er lenkte seine Schritte nach der Schmiede Wolf Lechner's, um der Schwester einen Gruß durch ihren Bedienten zu schicken. Vielleicht mußte Wolf einen Rath, im Gegensatz zu seinem Bruder hatte ihm das ruhige, sichere und verständige Wesen des Schmiedes von jeher Achtung eingeflößt.

Wolf schäufte eben unter dem Vordache seiner Schmiede die Hufeisen eines Pferdes. Der Eigenthümer desselben stand

Wollenbuhr in treffender Rede begründet, die durch lebenswarme und lebenswahre Schilderung des Proletariats in der Hausindustrie trotz der vorgerückten Stunde die Aufmerksamkeit des Hauses fesselte. Natürlich fand jedoch unser Antrag keine Majorität.

Um halb sechs Uhr war die zweite Lesung des sogenannten Arbeiterschutts-Gesetzes erledigt. Ein schweres Werk, aber kein gutes Werk!

Heute über acht Tage wird die dritte Lesung beginnen.

Nächste Sitzung des Reichstags morgen 1 Uhr: Arbeiterschutts-Gesetz, Wahlprüfungen etc. —

Es schwirren wiederum Gerüchte über bevorstehende Veränderungen in den höchsten Regierungsgämtern. Herr von Gopler soll angeblich Ober-Präsident von Schlesien, Herr von Puttkamer soll, wie neuerdings behauptet wird, Ober-Präsident von Pommern werden, um die Stelle des eben verstorbenen Ober-Präsidenten von Westpreußen wird wohl auch große Nachfrage herrschen. Auch vom baldigen Rücktritt des wackligen Herrn von Bötticher wird viel gesprochen, Herr von Bennigsen wird als sein Nachfolger bezeichnet, welcher Meldung wir vorerst keinen Glauben schenken. Wir werden vielleicht auch noch Herrn von Nitschhofen vom Berliner Polizeipräsidium scheiden sehen, was Herrn Kühnemann und Genossen mit großem Schmerz erfüllen würde. —

Noch ist die Stichwahl im 19. hannoverschen Wahlkreise nicht entschieden und schon wieder ist ein Reichstagsmitglied frei, bei dessen Besetzung unser Kandidat sicherlich in Stichwahl kommen wird. Durch die Ernennung des Reichstags-Abgeordneten und Konstitual-Präsidenten Dr. Ernst von Beyrauch in Kassel zum Unterstaatssekretär und Direktor im Unterrichtsministerium ist das Mandat für den zweiten Wahlkreis des Regierungsbezirks Kassel (Kassel-Melsungen) erledigt.

Im Jahre 1890 war in dem Wahlkreise eine Stichwahl erforderlich. Er zählte 28 545 Wahlberechtigte, von denen in der ersten Wahl 20 337 abstimmten; es erhielten in diesem Wahlgange der Konservativ (v. Beyrauch) 5966, der Freisinnige 2158, der Sozialdemokrat 9170 und der Antisemit 8028 Stimmen; in der zweiten Wahl der Konservativ 11 735 und der Sozialdemokrat 10 223 Stimmen. Auf den Ausgang der Erstwahl kann man gespannt sein. —

Mitten in den Verhandlungen des Reichstages über den sogenannten Arbeiterschutts kommt uns ein Schriftstück zur Hand, das wieder einmal so recht deutlich zeigt, von welchem Geiste ein Theil der Unternehmer gegen die Arbeiter befeelt ist und wie sie dieselben zu Sklaven zu machen suchen.

Vor uns liegt folgender Arbeitskontrakt, der mehr einem Kontrakt für Kulis, als für freie Arbeiter ähnlich sieht. Derselbe lautet:

Ich geboren am erkläre hiermit, daß ich die mit bei meinem heutigen Arbeitsantritt übergebenen Fabrikordnungs-Bestimmungen kenne, mich darnach richten und etwaige Folgen wegen Uebertretung dieser Ordnung tragen will, verpflichte mich auch gleichzeitig, die angenommenen Arbeit nicht innerhalb aufzugeben, es sei denn, daß mir Seitens der Herren Wasse u. Selve gelündigt wird.

Von den allgemeinen Verhaltensvorschriften der Norddeutschen Edel- und Nieder-Metallindustrie-Berufsgenossenschaft habe ich Kenntniß erhalten.

Ferner erkläre ich mich damit einverstanden, daß die Beträge der von mir aus den Konsumgeschäften am Schwarzenstein und Bärenstein, der Wehgererei und dem Arbeiterheim am Vennerstein der Firma Wasse u. Selve entnommenen Baaren, sowie die Beträge für Mieten und Schlafgeld von meinem verdienten Lohne bei der monatlichen Abrechnung eingebalten werden.

Altena, den
Dehler Abtheilung, ausgestellt von am
enthielt folgendes Zeugniß
Austritt aus unserer Arbeit am
Grund des Austritts
Führung
Fähigkeiten
Hoch

dabei. Es war ein Bauer aus Pilslein unterhalb St. Martin, der in Geschäften nach St. Vigil gekommen war. Er kannte Hannes und erbot sich, ihn in seinem Schlitten, den er im Stern eingestellt hatte, bis Pilslein mitzunehmen; in einer Stunde etwa gedachte er aufzubrechen.

Hannes nahm das Anerbieten mit Dank an und Wolf führte ihn, nachdem er seine Arbeit beendet, in seine Stube, die neben der Werkstatt lag. Man merkte der Stube nicht an, daß sie von einem Junggesellen bewohnt wurde, so ordentlich sah es in ihr aus.

„Daß Sie nach dem, was geschehen ist, jezt nicht auf den Hof gehen mögen, versieh' ich,“ sagte der Schmied, als Hannes ihm den Zweck seines Besuches mitgetheilt hatte. Man müßte die Zeit walten lassen und mit gelinden Schlägen nachhelfen, meinte er. Die Kraft allein thäte es beim Schmieden nicht, man müßte vor allen Dingen das Eisen kennen, das man unter dem Hammer hätte. Was Eisen und er thun könnten, um den Alten allmählig zu befähigen, das würde gewiß geschehen. Von den Sorgen, die ihn wegen seines eigenen Lebensglückes infolge von Ambros' überreiter Verbindung mit Stasi bebrückten, schwieg er. Es lag nicht in seiner Art zu klagen, am allerwenigsten, wo er, wie hier, überzeugt war, daß ihm der Andere nicht helfen könnte.

Die Sonne des kurzen Wintertages war bereits untergegangen und es dunkelte schon, als Hannes und Wolf unter dem Vordach der Schmiede die letzten Worte mit einander austauschten. Keiner von ihnen ahnte, daß sie erst nach Jahren einander wieder begegnen würden.

Hannes bezag sich, wenig ermüht, in den Stern, um auf den Pilsleiner zu warten. In der Herrenstube, wo bereits die Dellampe über dem Tische angezündet war, traf er den Landrichter und den Oberförster bei ihrem Vesperschoppen.

Die Herren luden ihn ein, sich zu ihnen zu setzen und der Landrichter sagte:

„So ist die Konferenz in Gneberg doch zu etwas gut gewesen; man würde Sie sonst wohl gar nicht mehr in St. Vigil zu sehen bekommen.“ (Fortsetzung folgt.)

Es ist unndig, diesen „Arbeitsvertrag“ näher zu charakterisieren. Die Firma hat das Recht, jeden Augenblick zu kündigen, der Arbeiter muß sich den von der Firma diktierten Bedingungen für die ihr passende Zeit, und sein es Jahre, unterwerfen. Weiter sind nach dem Kontrakt die Arbeiter gezwungen, aus den Konsumgeschäften und der Metzgerei der Firma Basse und Selve ihre Bedürfnisse zu entnehmen, natürlich zu den Preisen, die diese ihnen diktiert, und damit die Firma nicht zu Schaden kommt, müssen sich die Arbeiter bei der Lohnabrechnung die entsprechenden Abzüge gefallen lassen.

Unseres Erachtens liegt hier eine Verletzung der Druckbestimmungen der Gewerbeordnung vor, aber wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter.

Endlich sind auch die Formulare für die Entlassscheine offenbar dazu bestimmt, die Arbeiter unter Umständen zu brandmarken und in Verzug zu erklären. Diese Entlassscheine entsprechen, wie es scheint, den Abmachungen, welche die Unternehmer der Norddeutschen Edel- und Uebel-Metall-Industrie unter sich getroffen haben. Es wird dadurch nur unsere Vermutung bestätigt, daß die Unfallversicherungs-Gesellschaften gleichzeitig als Unternehmer-Organisationen gegen die Arbeiter ausgenutzt werden. Es ist immer gut, wenn die Situation sich klärt.

Bürgerliche Organe jubeln darüber, daß die von den Sozialdemokraten so oft angekündigte Krise noch immer nicht eintreten wolle. Die Bourgeois-Organen erinnern uns da an das Ödipische Böllchen, das den Teufel nicht sieht, obgleich er sei schon am Kragen hat. Die Krise ist da — ist seit einem halben Jahre da. Nur, daß sie nicht so — sagen wir gekäuflich ist, wie man das bei früheren Krisen gewohnt war.

Die modernen Krisen unterscheiden sich von den früheren durch ihre längere Dauer und ihre größere Grandslichteit, wenn uns dieser Ausdruck erlaubt ist. Es liegt das in der Natur der ökonomischen Entwicklung, welche zu immer größerer Konzentration der Kapitalien und immer mächtigerer Steigerung der Produktion führt. Daraus folgt einerseits, daß die Schläge gewaltiger sind, andererseits, daß auch der Widerstand ein zäherer ist und daß infolge dessen die Katastrophen nicht mehr so blitschnell, aber dafür um so umfassender und zerstörender sind. Man denke nur an den Fall des Hauses Baring, das zwar nicht direkt Bankrott machte, jedoch durch seinen künstlich verlangsamten Sturz mehr Unheil stiftete, als früher der Sturz eines Duzends der größten Bank- und Handelshäuser.

Also Geduld! Die Krise ist nicht bloß da, sie wird sich auch noch so bemerklich machen, daß die optimistischen Herren Ablegner von ihrem Optimismus geheilt werden dürften.

Wetterleuchten benennt sich ein Zeitartikel, in dem uns zum 200 000. Male von der allerschlimmsten „Kreuz-Revolution“ Rücksicht auf die Börse angedichtet wird. Es bleibt uns unersichtlich, warum eine doch von niemandem geglaubte dumme Verleumdung immer wieder vorgebracht wird. Wohl deshalb, weil die Kreuzritter keine eruster zu nehmenden Waffen in ihren Arsenalen besitzen. Der Sozialismus möchte lieber heute als morgen mit den Vampiren unserer Wirtschaftskolonie aufräumen, mögen sie von den Kreuzfahrern oder von den Ghettobewohnern abstammen, mögen sie als Rittergutbesitzer die ländlichen Arbeiter ausbeuten und sich Zuderprämien, Branntwein-Geschenke und Lebensmittel-Zölle zubilligen oder auf den Börsen in Effekten, Zucker, Schnaps oder Getreide, Differenz, Zeit- und anderen Geschäften machen, auf Hauße oder Baisse spekulieren. Wenn unsere Wirtschaftskolonie am Ende ihrer Entwicklung angekommen sein wird, so werden wir vor dem Giftbaum ebensowenig Halt machen, wie vor dem von fremder Arbeit lebenden Junkerthum. Die Sozialdemokratie will dem Ausbeutertum den Garau machen und fragt dabei nicht nach der Abstammung, auf die kommt es nur denen an, welche sich schonen wollen und den antikapitalistischen Geist der Massen gegen eine Minderheit gehet haben wollen. Auf diesen Veim gehen vielleicht einige zurückgebliebene Kleinbürger, aber nimmermehr die Arbeiter.

Der dankbare Bleichröder. Wie eine parlamentarische Korrespondenz meldet, hätte Geheimrath v. Bleichröder Se. Durchl. dem Fürsten Bismarck für den Fall, daß dieser als Abgeordneter zur Theilnahme an den Verhandlungen des Reichstages nach Berlin käme, eine möblierte Villa nebst Equipage und Dienerschaft zur Verfügung gestellt.

In seiner persönlichen Bemerkung gegen „König Stumm“ soll Die blucht nach einigen Berichterstattern am Dienstag gesagt haben: Wenn alle Arbeitgeber so wären wie Sie, dann wären wir noch Herren in Deutschland. — Natürlich hat Liebknecht nicht „noch“ gesagt, was absolut falsch wäre, sondern sich „on“, und zwar sehr deutlich.

Mit der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland ist es sehr schlecht bestellt, dies geht wieder einmal aus der beantragten Einleitung einer Disziplinaruntersuchung auf Antisemitismus gegen den Pastor Ziegler in Liegnitz hervor. Derselbe hat ein Buch geschrieben: „Der historische Christus“, worin er auf Grund der Ergebnisse der auf den Universitäten gelehrteten theologischen Wissenschaft das Historische aus den sagenhaft über Christus überlieferten Mittheilungen ausscheidet. Man verlangt wohl, daß Pastor Ziegler wider besseres Wissen, im Gegenfalle zu den wissenschaftlichen Forschungsergebnissen, predigt und schreibt. Wir sehen auf den Kalender und überzeugen uns, daß wir 1891 schreiben; wir haben, als wir die Notiz über Pastor Ziegler lasen, gedacht im Zeitalter der Inquisition zu leben.

Unsere „Nationalen“, allen voran die „Hamburger Nachrichten“, geben sich ganz unglücklich, weil in unseren östlichen Provinzen der Privatunterricht im Polnischen in den Schulklassen gestattet wurde. Es müßte schlecht um das Deutschthum stehen, wenn ein so selbstverständliches Zugeständniß an die Polen Gefahren für unsere Sprache zur Folge haben könnte.

Ueber Vorbereitungen, Maßregelungen und Beförderungen aus Anlaß der bevorstehenden Waisfeier liegen folgende Meldungen aus dem Auslande vor: Aus Brunn in Oesterreich wird telegraphirt:

21. April. Die Mehrzahl der hiesigen Textil-Industriellen hat sich dahin geeinigt, dem Ansuchen der Arbeiter um Freigebung des 1. Mai zu entsprechen, jedoch, da der folgende

Tag ein Sonnabend ist, auch an diesem die Arbeit ruhen zu lassen und dieselbe erst am Montag wieder aufzunehmen, da es unthunlich sei, wegen eines Tages den ganzen Betrieb in Thätigkeit zu setzen.

Aus der Schweiz wird gemeldet: Wie der Gewerbeverein Luzern, erklären auch die Mitglieder des Gewerbevereins und des Meistervereins Basel eine Arbeitsbefreiung am 1. Mai für Vertragsbruch.

Aus Brüssel liegen folgende Depeschen vor: Die hiesige Vereinigung der Arbeiterpartei wird durch Maueranschläge und durch ein Manifest, welches sie in 100 000 Exemplaren vertheilen läßt, die Arbeiter auffordern, an der für den 1. Mai zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages und des allgemeinen Stimmrechts in Aussicht genommenen Kundgebung theilzunehmen.

Die hier geplante Arbeiterkundgebung am 1. Mai ist von dem Bürgermeister unter der Bedingung gestattet worden, daß der Weg, den der Zug nehmen soll, von der Gemeindebehörde festgesetzt werde, und daß die Führer für die Ordnung einstehen.

Aus Italien wird telegraphirt: Dem „Fanfulla“ zufolge werden alle Polizeikommissäre am 25. d. M. eine gleichlautende Bekanntmachung bezüglich des 1. Mai erlassen. Nach derselben sollen Versammlungen selbst an öffentlichen Orten, ebenso Reden, soweit sie keine Beleidigung und keine Angriffe gegen Staatsorgane enthalten, gestattet, jedoch Aufzüge, unter welcher Form immer, verboten und um jeden Preis unterdrückt werden.

In den Polizeivorbereitungen gehört wohl auch die folgende italienische Meldung: Der Sozialist Cassini forderte Soldaten des 162. Regiments in Turin während einer Pause in den Übungen derselben zur Theilnahme an der Waisfeier auf. Cassini wurde verhaftet.

Selbst die große Pulverexplosion in der Nähe von Rom, über welche wir unter „Telegramme“ ausführlich berichteten, wird vom Bureau Herald als Vorspiel zum 1. Mai gekennzeichnet. Dieses Telegraphenbureau scheint sich eine Subvention von der italienischen Regierung verdienen zu wollen.

Aus Paris liegt endlich noch folgende Meldung vor: Die Regierung trifft umfassende Vorsichtsmaßregeln für den 1. Mai. Die Garnison ist theilweise konzentriert. Die Militärposten vor den Ministerien, vor dem Elysee, den Kammern und der Banque de France sind bedeutend verstärkt. Auf dem Telegraphen- und Fernsprechnetz sind Vorkehrungen getroffen, daß der Minister des Innern über die Vorgänge in Paris und in den Provinzen allmählich auf dem Laufenden erhalten wird. Die Polizei hat den Auftrag, jede Zusammenrottung auf den Straßen zu verhindern.

Ueber die diesjährige Märzfeier in Frankreich schreibt Jules Guesde, dessen Brief wir wegen Stoffmangel nicht früher zum Abdruck zu bringen vermochten:

Der 18. März ist dieses Jahr mit mehr Glanz und mit mehr Begeisterung gefeiert worden, denn je. Man kann die Zahl der Teilnehmer an den Demonstrationen, den Kommissären und den anderen zu diesem Zwecke veranstalteten öffentlichen Festlichkeiten in Paris, Lyon, Gette, Marseille, Béziers, Montpellier, Roanne, St. Etienne, Bordeaux, Montluçon, Commeny, Clermont, Rouen, Troyes, St. Quentin, Reims, Roubaix, Lille, Arras, Calais etc. auf zweihundert und einige Tausende schätzen.

Das, was man allorts in der Kommune von 1871 gefeiert hat, ist die erste politische Entzweiung der Bourgeoisie. Das das Proletariat damals das Staatsruder in die Hand nahm, ist es, was diese Revolution, die jetzt vor 20 Jahren tobt, auszeichnet vor allen noch so großen Arbeiteraufständen, die ihr vorangegangen waren.

Wo könnte man mehr Entschlossenheit und Muth finden, als bei den handindustriellen Strömern, die im Jahre 1832 infolge von Verletzungen der Lohnarbeits- und der Fabrikanten die Waffen erhoben und bürgerliche Nationalgardien und Jgl. Truppen zwangen, Lyon zu räumen? Jades ihre Unkenntnis mit den Bedingungen der Befreiung der Arbeit war so groß, daß sie, obgleich mehrere Tage lang Herren der Stadt, nicht einmal entfernt daran dachten, die Verwaltung an sich zu reißen, sondern die Beamten der Julimonarchie ungehindert in Amt und Würden ließen.

Nichts heldenmüthiger, als die Insurgenten vom Juni 1848, die, genüthigt, sich selbst ihren Pulver- und Angelbedarf anzufertigen, drei volle Tage lang der ganzen von den Siegern von Afrika, den Cavaignacs, den Lamoricières und den Bedeau's geführten Armee Stand hielten: doch wenn die Pariser Arbeiter von damals schon Harer Blicken gegen die sogenannte „National“-Versammlung marschirten, um sie auszusetzen, vermochten sie doch nicht die zur Regierung zu gelangen.

Am 18. März dagegen konstituirte sich, noch bevor die letzten Regimenter auf dem Rückzuge von Versailles die Befestigungen überschritten hatten, in Erwartung der Kommune, die aus der Volkswahl hervorgehen sollte, das Zentral-Komitee im Stadthause zur revolutionären Diktatur. Das sich das Proletariat damals die Staatsgewalt aneignete, hat der Kapitalistenstypus einen solchen panischen Schrecken eingebläst, daß sie, um sich selbst zu beruhigen und überhaupt, um den Proletariern jede Lust zu einer Wiederholung zu benehmen, in der „blutigen Woche“ eine Mehelet in Szene setze, wie sie, nach dem Ausdruck des „Evening Standard“, seit der Bluthochzeit der Bartholomäusnacht auf der Welt nicht gesehen worden war (such a murderous work is now going in Paris, as has scarcely been seen since the massacre of St. Bartholomew). Es ist ein Mauer und der wolle Frankreich regieren! sagte mit spöttischer Miene der Oberst, der die Erektionen, der 48. Bataillon Kommandirte, zu seinen Soldaten, als er ihnen Leveque, das Mitglied des Zentral-Komitees, zum Niederschießen übergab.

Es genügt übrigens schon, die 8000 Todesurtheile zu überfliegen, die, von den 86 Kriegsräthen ausgesprochen, alle auf Grund widerrechtlicher Annahmung von Requiranten gestellt worden sind, und man wird sich überzeugen, daß in den Augen der streikenden Bourgeoisie das große Verdrehen der besiegten Arbeiter war, die Regierung des Landes in die Hände genommen zu haben, die Regierung, welche die Monopolisten des Kapitals als ihr Erb- und Eigentum und als ein unerlässliches Erforderniß zur Erhaltung ihres Eigentums und ihres Ausbeuterechts an der Arbeit betrachteten.

Was die Bourgeoisie darunter versteht, wenn sie sagt, mit dem Uebergange der politischen Macht von einer Klasse zur andern, von den Kapitalisten zu den Proletariern stürze auch die ganze jetzige Ordnung zusammen, das weiß heute die Arbeiterschaft Frankreichs. Daher ihr immer wachsender Mutus Dezer von den übrigen, die ihnen jetzt vor 20 Jahren, als Vorbilder vorangefahren sind und daher das Streben im Andenken an sie alle Kräfte zusammenzuraffen, um ihr Werk fortzuführen und zu ledern.

Die Waisfeier, welche die Zeitung einer sozialdemokratischen Partei zur letzten Jahreswende an unsere Arbeiterpartei gerichtet hatte, wurde mit Beifall überschattet und mit dem einmüthigen Ruf: „Es lebe das sozialistische Deutschland!“ begrüßt. Denn zu gleicher Zeit, wo sich unsere Arbeiter mehr und mehr darüber klar werden, daß zur Erlämpfung des endlichen Triumphs des Sozialismus ihre Klasse Verrin der Gesetzgebung und Regierung als das Werkzeug zu allen sozialen Umgestaltungen sein müsse, kommen sie auch mehr und mehr zu der Erkenntnis, daß einzig, indem die Ausbeuteten aller Länder sich zusammenschließen und

die herrschenden Klassen zum Frieden zwingen, die Stunde der Erlösung schneller herbeigeführt werden könne.

Und wie Euer Liebknecht an der Mauer des Père-Lachaise, so rufen sie wie aus einem Munde: „Die Kommune von Paris ist gefallen! — Es lebe die internationale Kommune!“

Während die englischen Liberalen bis zum Parnell-Skandal in fast allen Nachwahlen siegten, scheinen dieselben jetzt zu Gunsten der Konservativen anzufallen. Ueber die gestern stattgefundene Nachwahl meldet eine Londoner Depesche:

Der Konservative Morrell ist heute mit einer Majorität von 688 Stimmen gegen den Gladstonianer Benson zum Abgeordneten gewählt worden. Morrell tritt an Stelle von Maclean (Liberal), welcher infolge der Uebernahme eines Regierungsamtes sein Mandat niedergelegt hatte.

In Rumänien haben die Wahlen zu den Vertretungskörpern stattgefunden. Eine Bukarester Depesche meldet hierüber:

Nach dem nunmehr vorliegenden Gesamtergebnisse der Wahlen zur Deputirtenkammer sind im ersten Wahldeser 38 Kandidaten der Regierungspartei und 17 Kandidaten der Opposition von allen Schattierungen gewählt, außerdem sind 23 Stichwahlen erforderlich. Die gestern stattgehabten Wahlen im zweiten Wahldeser verliefen ruhig, es wurden nach den bisher vorliegenden Nachrichten 18 Kandidaten der Regierungspartei und 13 Kandidaten der Opposition gewählt, außerdem haben 6 Stichwahlen stattgefunden. Die Resultate von Bukarest und einigen Bezirken liegen noch aus. Die durch Aufstellung zahlreicher Kandidaten notwendig gewordenen vielen Stichwahlen werden voraussichtlich bei dem zweiten Wahlgange den Regierungskandidaten eine erhebliche Majorität verschaffen.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Zur Waisfeier.

Um annähernd die Zahl der Teilnehmer an der Waisfeier feststellen zu können, werden die Genossen allorts, wo solche feiern stattfinden, ersucht, über die ungefähre Zahl der Versammelten möglichst rasch Mittheilung an die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin SW., Benthstraße 2, gelangen zu lassen.

Apolda. Die für Sonntag, den 19. d. M., vom hiesigen Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei einberufene Volkerversammlung, in welcher Genosse W. Pfannkuch aus Kassel über „Deutschland und die revolutionäre Sozialdemokratie“ sprechen sollte, wurde vom Bürgermeister (Stechow ist sein Name) verboten, weil zu befürchten sei, daß durch die Abhaltung der Versammlung die öffentliche Ordnung gefährdet werden möchte.

Mühlhausen i. Thür., 21. April. Ein sehr interessantes Gerichtskenntnis ist vom hiesigen Amtsgericht ergangen. Genosse Heinrich Fischer hatte im sozialdemokratischen Wahlverein erklärt, daß auf Veranlassung der Polizei die Wirths ihre Säle zu Arbeiter-Versammlungen verweigerten und er (Fischer), wenigstens nach Meinung seiner Mitarbeiter, aus der Arbeit entlassen worden sei. Die Polizeibehörde klagte wegen Beleidigung. Das Amtsgericht sah den vom Angeklagten angeführten Wahrheitsbeweis als in beiden Punkten ganz mihlungen an, sprach denselben aber gleichwohl frei, weil er seine Meinungen in gutem Glauben geäußert habe. Die als Zeugen geladenen Wirths mußten zugeden, zu dem angeklagten Genossen geduldet zu haben, die Polizei mache ihnen Schwierigkeiten; es war dies aber von den Wirths eine unbedingte Ausrede. Genoss recht bezeichnet! Außerdem aber sprach das Amtsgericht dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu, und endlich erkannte es noch, daß die Verurteilung des Angeklagten überhaupt nicht für die Polizeibehörde belegendig gewesen sei, denn es sei damit der Polizeibehörde nichts Pflichtwidriges oder Tadelnswerthes nachgesagt worden; das Sozialistengesetz sei zwar gefallen, aber die sozialdemokratischen Ideen hätten deshalb nicht aufgehört, umwälzerische und ungesetliche zu sein, ihre Bekämpfung bleibe also Pflicht und lobenswerth. Das Erkenntnis ist besonders in diesem letzten Theile interessant, und der freigesprochene Genosse F. hätte es daher gern im Wortlaute gehabt. Dies ist ihm aber, was wiederum recht bemerkenswerth ist, vom Amtsgericht (gez. Belthausen, Amtsrichter) verweigert worden, mit der Begründung, daß „es im Wesen an einer Vorchrift mangelte, wonach Abschriften aus Untersuchungsakten dem Angeklagten auf dessen Antrag gegeben werden sollen.“ Dieser Prozeß giebt trotz seines wenig wichtigen Gegenstandes über unsere hiesigen Partei- und öffentlichen Verhältnisse die treffendste Auskunft.

Soziale Uebersicht.

Die Generalkommission der Gewerkschaften erstattet folgenden Situationsbericht:

Das Verhältniß in den Ausländern ist noch dasselbe, wie in dem letzten Bericht.

Bezüglich der Sammlung am 1. und 3. Mai zur Gründung eines Generalfonds machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß sich die Sammlung mehr nach den einzelnen Oerthorten vollziehen soll, und innerhalb dieser eine Statistik über die Leistungen der einzelnen Gewerbe zu führen ist. Die Bestellung von Marken hat nicht den Umfang genommen, wie sich wohl erwarten ließ, doch dürfte noch eine Anzahl Städte nachfolgen. Wir bitten die Vertrauensleute der Gewerkschaften, dafür sorgen zu wollen, daß die Bestellungen möglichst rechtzeitig gemacht werden, damit sich dieselben nicht in den letzten Tagen des Monats zu sehr anhäufen und deshalb nicht frühzeitig genug erledigt werden können. Der Versandt geschieht nur auf Bestellung, welche an den Unterszeichneten zu richten ist.

Da nach Mittheilung aus einzelnen Oertern nicht überall Kommissionen zum Betrieb der Marken gewählt werden können, so empfiehlt es sich, an solchen Plätzen die Ausgabe der Marken an die einzelnen Vereine durch die in den meisten Fällen schon vorhandenen Vertrauensleute besorgen zu lassen.

Es dürfte nach dem, was seitens der Kommission über den Werth des zu gründenden Generalfonds gesagt worden ist, kaum noch nöthig sein, nochmals darauf hinzuweisen, daß jedes Gewerkschafts-Mitglied es als eine Verpflichtung der Allgemeinheit gegenüber betrachten muß, Alles zu thun, was dazu dienen kann, die Sammlung erfolgreich zu machen. Wird unter den überaus schwierigen Arbeitsverhältnissen, wie sie jetzt bestehen und trotz des langen Winters, welcher manche Noth und vieles Elend über die Arbeiterbevölkerung gebracht hat, dennoch eine große Summe zusammengebracht, so dürfte dies nicht wenig dazu beitragen, dem Uebermuth des Unternehmertums einen Dämpfer aufzusetzen, denn der schöne Glaube, daß die durch unsere unfinnige Produktionsweise hervorgerufene Noth den Arbeiter zum Sklaven machen werde, wäre damit gründlich zerstört.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien, Hamburg-St. Georg, An der Koppel 79, I.

Halle a. S., den 22. April. Der Streik der Former bei Seydand und Ungnade dauert unverändert fort. Zugang ist ferngehalten. Die Streik-Kommission.

Theater.

Freitag, den 24. April.
Spernhaus. Der Ring des Nibelungen. I: Die Walküre.
Schauspielhaus. Das Käthchen von Heilbronn.
Essing-Theater. Die Furcht vor der Freude. Marienkommer. Eine kleine Gefälligkeit. Eine Partie Biquet.
Berliner Theater. Der Kaufmann von Venedig.
Deutsches Theater. Die Kinder der Exzellenz.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Saint Cyr.
Wallner-Theater. Des Teufels Weib.
Residenz-Theater. Die Früchte der Bildung.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Selenkianco-Theater. Der Giftmischer.
Offend-Theater. Im Bann der Schuld.
Thomas-Theater. Der Millionenbauer.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Hödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Küchen von Pagenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'ige Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor S. Sanftleben
 unter Mitwirkung des
 Opernsängers u. Konzertmachers
 Signor Travicki aus Rom.
 Empfehle zugleich meinen Frühstücks- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sodtke.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
 im Laboratorium.
 Gedöfn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23. 11-1 u. 5-9 U.
Knabe mit 2 Köpfen.
Esau-Lady.
Im Spezialitäten-Theater 6-10 Uhr:
 Neu! Minnie Caf. 10jährige Sourette.
 Gebr. Förds, Instrumentalisten.
 Sgr. Rappo, Jongleur. Alta Schers. Laura Zimmermann. Sigmund Stein.
 Nr. Brighton.

Rheinländischer Tunnel,
 gen.: „Die kleine Nagelkiste“
 Berlin N., Elsassstrasse 73,
 gegenüber der Bergstrasse.
 Ausschank von vorr. Lagerbier
à Seidel 10 Pfg.
 bei guter musikalischer Unterhaltung u. aufmerksamer Bedienung.
 Unerwartliche Kneiperei.
H. Schulze (mit u. H.)
 Bestellungen auf Musik für jedes Vorkommnis werden im Lokal entgegen genommen. 565L

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein Weib und Gairischbier-Lokal, Frühstücks-, Mittag- u. Abendstisch. Carl Scherret, Wagnierstr. 41.

Hiermit theile ich meinen Kollegen und Genossen mit, daß ich das Lokal „Im Freischuh“ in Hohen-Schönhausen übernommen habe. 416b
 Fritz Weber,
 genannt: Der schwere Brandenburger.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag 8-11

Neue Walhalla.

Sommer-Theater im Ausstellungs-Park Hasenheide.
 Eröffnung in ca. 8 Tagen.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Bis jetzt sind folgende Unterrichtslokale eingerichtet:
I. Nord-Schule: Kastanien-Allee 53,
II. Müllerstr. 179a,
Süd-Schule: Hagelsbergerstr. 43,
Südost-Schule: Reichenbergerstr. 133,
Ost-Schule: Markusstr. 31,
West-Schule: Stephanstr. 45,
 festgesetzt ist folgender **Lehrplan:**

Für die Ost- und Westschule:	
Sonntag: Vormittags 9-10 Uhr: Buchführung.	10-11 " Stenographie.)
" " 11-1 " Zeichnen.	
Montag: Abends 8 1/2-10 1/2 Uhr: Deutsch.	
Dienstag: " 8 1/2-10 1/2 " Naturwissenschaft.	
Mittwoch: " 8 1/2-10 1/2 " Geschichte.	
Donnerstag: " 8 1/2-10 1/2 " Nationalökonomie.	
Freitag: " 8 1/2-9 1/2 " Rechnen.	
" " 9 1/2-10 1/2 " Rechtschreiben.	
Sonnabend: " 8 1/2-10 1/2 " Geschichte.	
Für die Süd- und I. Nord-Schule:	
Sonntag: Vormittags 9-10 Uhr: Buchführung.	10-11 " Stenographie.
" " 11-1 " Zeichnen.	
Montag: Abends 8 1/2-10 1/2 Uhr: Deutsch.	
Dienstag: " 8 1/2-10 1/2 " Nationalökonomie.	
Mittwoch: " 8 1/2-10 1/2 " Geschichte.	
Donnerstag: " 8 1/2-10 1/2 " Naturwissenschaft.	
Freitag: " 8 1/2-9 1/2 " Rechnen.	
" " 9 1/2-10 1/2 " Rechtschreiben.	
Sonnabend: " 8 1/2-10 1/2 " Geschichte.	
Für die Südost-Schule:	
Sonntag: Vormittags 9-11 Uhr: Nationalökonomie.	11-12 " Rechnen.
" " 12-1 " Rechtschreiben.	
Montag: Abends 8 1/2-10 1/2 Uhr: Geschichte.	
Dienstag: " 8 1/2-9 1/2 " Buchführung.	
" " 9 1/2-10 1/2 " Stenographie.	
Mittwoch: " 8 1/2-10 1/2 " Naturwissenschaft.	
Donnerstag: " 8 1/2-10 1/2 " Geschichte.	
Freitag: " 8 1/2-10 1/2 " Zeichnen.	
Sonnabend: " 8 1/2-10 1/2 " Deutsch.	
Für die II. Nord-Schule:	
Sonntag: Vormittags 9-11 Uhr: Deutsch.	11-1 " Naturwissenschaft.
Montag: Abends 8 1/2-9 1/2 Uhr: Rechnen.	
" " 9 1/2-10 1/2 " Rechtschreiben.	
Dienstag: " 8 1/2-10 1/2 " Geschichte.	
Mittwoch: " 8 1/2-10 1/2 " Nationalökonomie.	
Donnerstag: " 8 1/2-10 1/2 " Zeichnen.	
Freitag: " 8 1/2-10 1/2 " Geschichte.	
Sonnabend: " 9 1/2-10 1/2 " Buchführung.	
" " 10 1/2-11 " Stenographie.	

In der II. Nord-Schule beginnt der Unterricht am Sonntag, den 26. April, in der Südost-Schule erst Montag, den 27. April. Wir bitten die Mitglieder, wenn irgend möglich, die II. Nord- und Südost-Schule besuchen zu wollen, da hier ganz bedeutende Räume zur Verfügung stehen. Die Unterrichtskarten werden — mit Ausnahme für die I. Nord-Schule — jetzt wieder in allen Zahlstellen für 75 Pf. verkauft. Ebenso werden die Beiträge entgegengenommen bei den Herren:

- | | |
|--|---|
| S.
Bärner, Ritterstr. 108.
Gründel, Dresdenerstr. 116.
A. Günther, Wilschinerstr. 67.
Klein, Kottbuser Damm 14. | C.
Sommer, Grünstr. 21.
Kahlmeyer, Rosenstr. 30.
Vogtherr, Landsbergerstr. 64. |
| SO.
Kehr, Köpnickestr. 126.
Schmidt, Brangelstr. 141.
Schulz, Admiralstr. 40a.
Ulrich, Brangelstr. 84.
Zabell, Raunpstr. 86.
Linko, Forsterstr. 45. | N.
Abraham, Straßburgerstr. 5.
Gleinert, Müllerstr. 174.
Gnadt, Brunnenstr. 38.
Hasenclover, Chausseestr. 49/50.
Kleinan, Gartenstr. 171.
Lehmann, Brunnenstr. 83.
Schmidt, Treßdorferstr. 24.
Thierbach, Schwedterstr. 44.
Raabe, Ruppinerstr. 46. |
| SW.
Schönfeld, Mariendorferstr. 10.
Wilschke, Junferstr. 1.
Wilschke, Rahbachtstr. 1.
Antrick, Steinmehstr. 60.
Müller, Wintersfeld u. Zietzenstraßen- Ecke. | NO.
Gampel, Barnimstr. 42.
Grasshold, Pallisadenstr. 50.
Droscher, Eichenstr. 50. |
| O.
A. Böhl, Hübendorferstr. 8.
E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
Heindorf, Langestr. 70.
Jansingor, Krautstraße 48.
Lock, Friedrichsbergerstr. 11.
Tempel, Preislauserstr. 27. | NW.
Vogtherr, Stephanstr. 27a.
Voss, Birkenstr. 59. |
| | Friedrichsberg.
Lippo, Friedrich Karlstr. 11. |
| | Neu-Weissensee.
Prutz, Sedanstr. 35d. |
- Der Vorstand.

In der West- und Süd-Schule wird Stolze'sche in den übrigen vier Schulen Koller'sche Stenographie gelehrt, da die Teilnahme an der letzteren eine bedeutend größere ist.

Berein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins u. Umg.

Sonnabend, den 2. Mai, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a:
Feier des 1. Mai
 unter Mitwirkung des Gesangsverein Nord:
Konzert. Prolog.

Festrede, gehalten vom Regierungsbaumeister Kessler.
 Hierauf: Abstimmung der in der Festzeitung enthaltenen Resolutionen. Darauf: **Ball.**
 Anfang präzis 8 Uhr. Entrée 40 Pf.
 Billets sind auf allen Zahlstellen des Vereins und in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. Abendkasse findet nicht statt. — Die Festzeitung gelangt am Eingang gratis zur Verteilung.
 Hierzu ladet alle Freunde und Gönner des Vereins ein
 Der Vorstand.
 817/8

Freunden und Genossen theile ich hierdurch mit, daß ich mein Cigarren- und Zeitungsgeschäft von der Wendenstraße 4 nach der Schlesischenstr. 35 verlegt habe. **Fr. Schulz.**

Unserm Kollegen Wille, Professor der Medizin, zum heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch.
 Die Hünenbrüder 419b
 aus dem Zoologischen Garten.
 Jungelen, das wird haarig!

Unserem Genossen und Mitglied Bernhard Raabe zu seinem Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, daß der Bauerntisch wackelt. Na, Bernhard, wird es sich zu viel werden? 412b
 Die Genossen v. Leseklub Nord.

Todes-Anzeige.
 Am Montag, den 20. d. Mts., verschied unter schwerem Leiden mein lieber Mann und Vater im 62. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. d. Mts., Nachm. 1 1/2 Uhr, auf dem Zwisehof (Germannstr.) statt. Um stilles Beileid bitten 415b
 Bw. Mählenderlein nebst Kindern.

Grabdenkmäler
 in Marmor, Granit, Syenit etc. empfiehlt bei sauberster Ausführung, zu soliden Preisen
W. Günther,
 Rixdorf, Hermann-Strasse Nr. 150.

Kranzbinderei u. Blumenhdlg.
 von J. Meyer, 532L
Mur Berlin SO., Wienerstr. 1, wie bekannt. Guirlanden Meter von 15 Pf. Doppelbügel-Lorbeer von 50 Pf. an. Gr. Auswahl: Kränze, Bouquets, Blumenarrangements u. Topfpflanzen. Fernsprecher Amt IX. 9482.

Alle Uhren
 werden sauber und sorgfältig repariert unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei
W. Winkler,
 Berlin N., Reinickendorferstr. 29, gegenüber der Dankes-Kirche. 25L
 Lager aller Arten Uhren, Uhrketten.

Rohtabak A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich Größte Auswahl. Garantiert sicher brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Fache'schen Markt. 746

Bierdruckapparat zu Kohlensäure billig zu verkaufen Alte Jakobstr. 25 bei Mohr. 418b

Maitrank fl. 0,75.
 552L] F. Meyer, Oranienstr. 154.
 Filiale: Elisabeth-Ufer 47.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
 Andreasstr. 23, S. P.
 Ein Uhrmacher wohnt jetzt 143M
 Stalitzerstr. 76.

Ein gut gehendes **Barbieregeschäft** in guter Lage ist sof. bill. zu verkaufen. Zu erf. b. Fritz Voss, Lübeckerstr. 8, Laden. 608b

Kind- und Schweineschlächterei,
 Central-Markthalle, Stand 148.
 759b Carl Aurin.

2 freundl. Wohnungen, Stube u. Küche u. Wasserl. 50 u. 54 Zhr. sof. u. verm. Hagedorf, Pring Handjerystr. 60.

Ein Parteigenosse sind. srb. Logis (sep.) bei Witwe Gebhardt, Stalitzerstr. 129, Quergeb. part., Garten-aussicht. Pr. 8 Marl. 75

Bei einem Parteigenossen in der Nähe der Universität oder Zentrum wird ein möglichst einfaches und bill. Zimmer zu mieten gesucht. Offerten an Wächter, Expedition d. Bl. 428b

Arbeitsmarkt.

Ein selbständiger **Selegmeister** bei gutem Lohn sof. gesucht. Meldungen Charlottenburg, Dankelmannstraße 3, Goldleistenfabrik. 617L

2 tüchtige Steinsetzer werden bei gutem Lohn gesucht von **W. Visher,** Steinsetzmeister, Baruth (Mark).

Weber auf Doublewaare tritt verl. Kaiser Wilhelmstr. 88 L. 197M

Lehrmädchen zur Damenschneiderei verl. Frau Rinke, Wehlerstr. 24, v. pt.

Einem Fischer auf Galanterie verl. Pestalozzistr. 32, Stallschreiberstraße 32, Hof links 1 Tr. r. 418b

Amerikanische Herren- und Knaben-Carderobe.
Billigste Bezugsquelle gute und elegante Herren- und Knaben-Carderobe.
 Spandauer Brücke Nr. 1a.
 Glashütterstraße Nr. 39.
 Brennerstraße Nr. 69.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

108. Sitzung vom 23. April. 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Bötticher, von Verlepsh, Lohmann.

Die zweite Beratung der Gewerbenovelle (Arbeiterschutzesetz) wird fortgesetzt.

Die Erörterung über § 153 war in der letzten Sitzung nicht zu Ende geführt worden.

Abg. Müller (natl.): Meine Freunde werden für den Absatz 1 der Vorlage, aber gegen den Absatz 2 (Verstrafung des öffentlichen Aufforderung zum Kontraktbruch) stimmen; doch ist die Fraktion in beiden Beziehungen nicht ganz einstimmig. Bedauerlich ist nur, daß ich gerade an dieser Stelle von meinem Freunde Gutfleisch, mit dem ich sonst vielfach zusammengearbeitet habe, abweichen muß. Im Organjahre zu ihm würde ich die englische Gesetzgebung ohne weiteres akzeptieren. Wegen die Einschächtung von Arbeitern durch Arbeiter, gegen den Zwang, wie er in dieser Hinsicht in unerhörtester Weise geübt worden ist, muß eingeschritten werden. Gerade die Vorgänge beim Ausstand der Tabakarbeiter in Hamburg liefern für diese Notwendigkeit die schlagendsten Beweise. (Nebner verliest ein Zitat aus dem Freundschäftsbandes der Hamburger Zigarrenarbeiter, aus welchem seiner Ansicht nach hervorgeht, daß diese Vereinigung die Arbeiter aufgefordert hätte, sich unlauterer Mittel in diesem Lohnkampfe zu bedienen. Die Verlesung wird von den Sozialdemokraten mehrfach mit Zustimmungsrufen begleitet.) Auch ich habe früher gehofft, daß es vielfach möglich sein würde, die Arbeiterbewegung durch die Gewerkschafts-Organisation in friedliche Bahnen zu lenken. Nach genauerem Studium der Verhältnisse besorgte ich, wir werden am eigenen Leibe durchmachen müssen, was England in Jahrzehnten des Jammers durchgemacht hat. Von den 7 Millionen Arbeitern in England gehören ja auch nur 700 000 den Gewerkschaften an. Ich nehme allerdings an, daß der Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse und von den utopistischen Schwärmerien befreit wird (auf links: Recht weilt!). Die Hungerkur, angewendet nicht von uns, sondern von den sozialdemokratischen Führern im Lande. (Unterbrechungen links; Vizepräsident Graf Ballestrem ruft den Abg. Bebel wegen der von ihm gemachten Zwischenrufe zur Ordnung.) Die Agitation, wie sie die von den sozialdemokratischen Abgeordneten verführten Führer im Lande betreiben, muß zum eigenen Schaden der Arbeiter ausfallen, das ist unabweisbar. Das tritt jetzt wieder deutlich hervor in den Kohlenbezirken. Die Streikbewegung greift wieder in unerwarteter Weise um sich, die Ursache davon liegt in dem Treiben der sozialdemokratischen Heher und Agitatoren; die Schädigung der Industrie, die damit herbeigeführt wird, kann nicht Anderes, als die Brotlosmachung von Hunderttausenden von Arbeitern nach sich ziehen. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Stödel (Zentr.): Selbst wenn ich anerkennen wollte, daß die Aufforderung zum Streik an und für sich strafbar sei, was ich nicht tue, würde die Strafbarkeit des zweiten Absatzes des § 153 ein zweischneidiges Schwert sein, denn in den weitaus meisten Fällen würden diejenigen von der Schärfe des Gesetzes am meisten getroffen werden, die es am wenigsten verdienen. An und für sich ist es ja eine bedenkliche Sache um die Streiks, aber nicht jeder Streik ist gleichzeitig ein Kontraktbruch. Die vielerwähnte Statistik führt an, daß von den Vergleuten nur 1/3 Prozent nicht kontraktbrüchig gewesen sei bei dem großen Bergarbeiter-Streik im Jahre 1889. Diese Statistik unterscheidet aber nicht genügend. Wenn die Arbeiter einer Grube ihre Forderungen stellen und erklären, daß sie, wenn diese Forderungen nicht nach so und so viel Wochen bewilligt worden sind, die Arbeit einstellen werden, dann kann man von einem materiellen Kontraktbruch doch nicht mehr reden, nur noch formell. Den Boykott verwerfe ich ganz und gar, aber deshalb verwerfe ich es ebenso, daß ein Arbeiter, der entlassen ist, jeder Gelegenheit beraubt werden soll, für sich, seine Familie, seine Kinder überhaupt noch Brot zu erwerben; von den verheerenden Wirkungen solcher Handlungsweise dürfen sich wohl die meisten Herren hier keine Vorstellung machen. Es waren nicht bloß Sozialdemokraten brotlos gemacht, sondern es sind auch auf die schwarze Liste Leute gebracht worden, welche die treuesten, tüchtigsten Arbeiter waren, gegen die überhaupt nichts vorlag, als daß sie, und noch dazu in maßvoller Weise, für die Rechte ihrer Kameraden eingetreten sind. Es können auch Alte Kleinlicher Nachbarn der Beamten und dergleichen gemühen, die Leute auf die schwarze Liste zu bringen. Ein solches Proscriptionsystem, eine solche Verhöhnung der Arbeitgeber mit den Arbeitern kann ich nun und nimmermehr billigen. Diejenigen, die das wollen, mögen bedenken, daß sie damit vielleicht etwas für den Augenblick, aber gewiß nichts für die Dauer erreichen. Gegen die Strömung, welche auf völlige Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern hinführt, läßt sich mit solchen Mitteln am allerwenigsten ankämpfen. Lieber sofort eine Verständigung suchen, Arbeiterauschüsse oder Areltelkollegien überall auf den Werken errichten, das wird wirksamer zum friedlichen Ausgleich beitragen. Selbst auf die Gefahr hin, daß Herr v. Kardorff und Herr v. Stamm mit den Sozialdemokraten gegen das Gesetz stimmen, bitte ich doch darum, lehnen Sie den § 153 ab!

Abg. Förster (Soz.) wendet sich gegen die neulichen Ausführungen des Bundesrats-Bertraters bezüglich der Vorgänge bei den Ausständen in Hamburg. Dem Herrn Bertrater sei zunächst der Irrthum vorzusetzen, daß er die Hamburger Gewerkschaft für aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzt hielt, während sie nur aus Arbeitgebern, hauptsächlich Zünfte, besteht. Die Vertretung des Hamburger Volkzeugs Dachmann durch den Bundesrats-Bertrater sei eine sehr schwache gewesen, die Zahl der statgehabten Versammlungen beweise nichts für die Unparteilichkeit des genannten Beamten, sondern nur für die außergewöhnliche politische Majorität der Arbeiterklassen in Hamburg. Es seien im Gegenheil zahlreiche Versammlungen ohne zureichende Gründe nach wie vor verboten worden; andererseits seien während der Geltung des Ausnahmegesetzes auch die Vorstandsitzungen der Vereine durch diesen Herrn unter polizeiliche Aufsicht und Überwachung gestellt worden; erst das Oberlandesgericht in Lübeck hob diese willkürliche Einschränkung des freien Versammlungsrechts auf. In der Zeit des Ausnahmegesetzes sei an öffentliche Versammlungen selbst in der Wahlzeit einfach nicht zu denken gewesen. Die Arbeitsverhältnisse Hamburg dürfen nicht für sich, sondern im Zusammenhang mit den ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen müssen sie betrachtet werden. Namentlich haben die Arbeiter für den Hamburger Zollanschluß, die kein Arbeiter mehr, sondern ein wohnsinniges Haus waren, das ganze Bauhandwerk revolutionirt, besonders durch das Zusammenströmen von Tausenden fremder Arbeiter, welche von den Fachmännern so schnell gar nicht in die nötige Fucht gebracht werden konnten. Nachdem die Dinge sich so entwickelt hatten, kam die Feier des ersten Mai in Frage. Nicht des Rechts wegen haben da die Arbeiter an dem Tage die Arbeit aussetzen wollen, sondern sie sagten sich: Man diktiert uns die Feiertage, warum sollen wir uns nicht auch einmal Feiertag

geben? So ist die Feier aufgefäht worden von der übergroßen Mehrheit der Arbeiter; man wartete übrigens ruhig auf den Beschluß der Fraktion. In der Zwischenzeit aber erklärte Herr Dachmann: keine Versammlungen, nichts, keine Kundgebung! und in den Werkstätten wurde angeschlagen: Wer am 1. Mai nicht zur Arbeit erscheint, ist entlassen! Darauf haben die Arbeiter, um nicht der Feigheit beschuldigt zu werden, so verfahren, wie es geschehen ist. Gewiß wird der Ausfall der Zahl vom 20. Februar bei den Unternehmern große Erbitterung hinterlassen haben; aber diese rechtfertigt eine solche Provokation nicht. Nebner geht dann noch auf den Tabakarbeiter-Streik ein, an dessen unglücklichem Ausgange die Arbeiter freilich keinen Augenblick gezweifelt hätten. Lediglich die Forderung der triumphirenden Arbeitgeber, daß die Arbeiter aus dem Fachvereine austreten sollten, haben den Kampf in solchem Grade erbittert. Der Ehrlichkeit, was von den Arbeitern verlange, müße auch die Bedingungen dazu schaffen. Wenn die Arbeiter die Scheine unterschrieben, ohne aus den Vereinen ausgetreten zu sein, so hätten sie lediglich in Ausübung der Nothwehr gehandelt. Man müße es ernst meinen mit der Koalitionsfreiheit, dann werde es besser werden; man lerne begreifen, daß Maßregelungen der Arbeiter, die dieses Rechtes sich bedienen wollen, nichts nützen! Man spreche nicht bloß vom Gemeinwohl, vom Arbeiterwohl, sondern beweise durch die That, daß man nicht das nackte Interesse der Unternehmer verfolgt!

Abg. Hammacher (natl.): Bekanntlich haben die Leiter des Hamburger Zigarrenarbeitervereins, um die Arbeiter an sich zu fesseln, sich von Jedem einen nach einem Jahre verfallenden Solawechsel ausstellen lassen. Wenn diese Wechsel mit den Wechseln verglichen worden sind, welche sich die Arbeiterverbände als Kaution von ihren Mitgliedern ausstellen lassen, so liegt der Unterschied auf der Hand: der erstere bedrohte den Arbeiter mit einem empfindlichen Verlust. Die drückende Sorge um das tägliche Brot hat man also hier benutzt, um die Arbeiter an den Verein zu fetten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Herr Stödel hat sich heute sehr maßvoll ausgesprochen; dennoch kann ich ihm nicht folgen auf das Gebiet der Behauptungen über die schwarzen Listen im Bergwerkrevier und die Maßregelung eines nicht sozialdemokratischen Arbeiters. Der letztere Fall lag nicht ganz so, wie er ihn darstellt, und von der Treue der schwarzen Listen ist mir zur Zeit nichts bekannt. Ich bin wie Herr Stödel durchdrungen davon, daß auch die Arbeitgeber die Aufgabe haben, ein besseres Verständnis mit den Arbeitern herbeizuführen. Auch ich kann die Wirkung des § 153 nicht für so bedeutend halten, als es die Regierung annimmt. Die Arbeitsstellenstellungen vollziehen sich nicht bei uns nach ruhiger, kühler Erwägung, sondern gestalten sich aus unter dem Eindruck der Leidenschaft. Wenn Herr Stödel auf mildere Umstände für die bei den Streiks thätigen Personen plädiert, so wird er ebenso wie ich die Nothwendigkeit einsehen, die Arbeiter in erster Linie zur Gesetzmäßigkeit anzuhalten. Die Kündigungskritik muß eingehalten werden. Leider haben bis jetzt unsere Unternehmer viel zu wenig Neigung dazu, mit den Arbeitern über die jedesmalige Streitfrage zu verhandeln; ein geordnetes Verhältnis läßt sich aber nur herstellen, wenn beide Theile auch rücksichtlich der Kündigungskritik zur Beobachtung der Gesetze verpflichtet werden. Der große Bergarbeiterstreik von 1889 ist ausgebrochen unter Kontraktbruch; in dieser Beziehung mißlingt der Gegenbeweis des Herrn Stödel. Die Delegirten, welche die Niederlegung der Arbeit verweigerten, waren nur von Minoritäten, nicht von der ganzen Arbeiterschaft gewählt. Bis jetzt hat sich Niemand gefunden, der diese Verletzung des Arbeitsvertrages vertheidigt. Was aber erleben wir jetzt? Die Streikbewegung fängt wieder im Kohlenrevier an; Niemand weiß, welchen Umfang sie annehmen wird, ob es den Bemühungen der sozialdemokratischen Führer und Anderer gelingen wird, sie einzudämmen. Und wiederum ist der Streik mit einem Vertragsbruch inficirt worden! Selbst die Elemente des Zentrums, die heute auf der Seite der Ordnungspartei stehen, sind nicht mehr im Stande, die Bewegung aufzuhalten. Die Sozialdemokraten wollen den Streik nicht, aber doch nur deshalb, weil sie noch nicht genügend organisiert sind. Wie aber kann man sich darüber wundern, daß den sozialdemokratischen Führern die Zügel entfallen! Man braucht nur das in Gelsenkirchen erscheinende Organ der Bergarbeiter zu lesen, um zu sehen, in wie aufreizendem Tone Log für Log dem armen Bergmann ausgedreht wird, daß die Kohle Nationaleigentum sei, dessen Ausbeutung dem Bergmann, nicht dem Kapitalisten gebühre! Eine große Anzahl von Vergleuten ist aber diesmal entschlossen, den Streik nicht mitzumachen und ist entrüstet über das unpatriotische Verhalten der sogenannten Delegirten zum Pariser Kongresse (Lachen bei den Sozialdemokraten), die es gewagt haben, aus den Gräbern der Kommunisten Ruhmeskränze niederzulegen! (Wapo! bei den Sozialdemokraten.) Wenn diese von den leidenschaftlich erregten Massen abgehalten werden sollten, zur Arbeit zu kommen, dann muß ein Paragraph zur Anwendung kommen, wie er hier von der Regierung vorgeschlagen ist. Er macht den Nachweis entbehrlich, daß eine Vereinigung oder Verabredung zum Zwecke des Zwanges vorhergegangen war; das ist ein Fortschritt, ich werde also dafür stimmen und zwar für den ganzen § 153. Wird er jetzt nicht angenommen, dann werden Sie in wenigen Jahren viel schärfere Bestimmungen beschließen müssen; nehmen Sie den Paragraphen jetzt an im Interesse der Volkswohlfahrt und der Freiheit des Arbeitgebers!

Abg. Stadthagen (Soz.): Nicht die Bergarbeiter, sondern die Bergwerksbesitzer haben die größere Zahl der Kontraktbrüche auf dem Gewissen. Ist der Zwang, zu Uebersichtlichen nicht einfach Erpressung und Freiheitsberaubung? Von diesen Mißbräuchen führt die amtliche Denkschrift über den Streik zahlreiche Beispiele an. Was hat die Kommune in Paris mit den deutschen Bergwerken zu thun? Die schwarzen Listen bestehen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier thatsächlich. Nach der jetzt durch die Gerichte beliebigen Auslegung des § 153 ist der letztere nicht mehr ein Schutz, sondern die Aufhebung des in § 152 gewährtesten Koalitionsrechts. Was die Vorgänge in Hamburg betrifft, so will ich nur erwähnen, daß die Polizeibehörde die inhaftirten Leiter der Streikbewegung zwangsweise photographiren ließ; zu dieser Maßregel war die Behörde nicht befugt, diese Handlung war eine gesetzwidrige. Man spricht so emphatisch von den unmoralischen Handlungen der Arbeiter; ja, wie rein ist sich denn damit der sorgfältige Schutz zusammen, den die Verdelte in Hamburg genießen? Trägt sich vielleicht in dem Ersteren das kaiserlich-deutsche, in dem Zweiten das freisinnig-Hamburgische aus? Ich weiß es nicht. Die Arbeitgeber gebrauchen den § 153, wie die Komplott-Broschüre beweist, zu einer geschwindigen Handlung, zu einer strafbaren Mithigung, ohne doch wegen Gesetzesübertretung belangt zu werden. Herr Hartmann hat unseren Antrag auf Verstrafung der Arbeitgeber haarsträubend genannt; das mag er sein, aber er ist die einfache Konsequenz dessen, was das Reichsgericht in zahlreichen Erkenntnissen über die Bedeutung des § 153 niedergelegt hat. Der § 331 des Strafgesetzbuchs ist durch den Berliner Polizeipräsidenten nicht verletzt worden, das ist richtig; aber der Herr hat seine untergebenen Beamten zur Annahme des Gesetzes veranlaßt, in demselben Augenblicke wurde er Anstifter, und dieser ist nach § 48 ebenfalls strafbar. Der Minister selbst spricht davon, daß das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt hat, daraus ergibt

sich doch, daß die Sache auf ihre Rechtsbeständigkeit geprüft werden muß. Wenn solche Sachen gang und gäbe sind (Präsident v. Pechow erklärt diese Erörterungen für nicht zur Sache gehörig.) Nehmen Sie unseren Antrag an, dann geben Sie damit dem gleichen Recht für Alle die Ehre!

Hamburger Senator Durhard: Ich habe alle meine thatsächlichen Ausführungen über die Hamburger Vorgänge aufrechterhalten und kann mich auf viele Umstände, welche Herr Förster angeführt hat, nicht einlassen, weil sie mit § 153 nicht zusammenhängen. Wie es mit der angeblichen Vorsicht des Herrn Dieh bei seinen vorjährigen Aeußerungen zu den Hamburger Vorgängen steht, wollen Sie daraus entnehmen, daß er damals im Reichstage das Mittel für einen armen gemahregelten Schneider zu erwecken suchte, während es sich um das Verbot eines Blattes „Der Schneider“ gehandelt hat. (Heiterkeit.) Die Fachvereine hat man in Hamburg auch unter dem Sozialistengesetz gewähren lassen; darum ist die gewerkschaftliche Bewegung in Hamburg so erstarkt; aber wenn sie sich mit politischen Gegenständen befaßten, liefen sie Gefahr, unter das Ausnahmegesetz zu fallen und demnach aufgelöst zu werden; gerade um dies zu verhindern, wurde sozialdemokratischen Führern nicht gestattet, Reserate in den Fachvereinen zu übernehmen. Die Gewerkschaften müssen überhaupt besetzt werden von der sozialdemokratischen Agitation, dann wird es besser werden. Durch die Presse der Sozialdemokratie geht ein Ton, der geeignet ist, die Begriffe von Recht und Rechtswidrigkeit völlig in den Kopf zu stellen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Und da heute noch die große Masse unserer Arbeiter untheilhaftig ist (Wiederholte Unruhe bei den Sozialdemokraten), so ist von dem fortgesetzten Einfluß der Sozialdemokratie auf die gewerkschaftliche Bewegung das Schlimmste zu fürchten. In dieser Presse wird in den letzten Tagen als Lüge bezeichnet, daß Kaiser Bismarck sich um das Reich besondere Verdienste erworben habe oder gar sein Gründer gewesen sei. (Große Heiterkeit; Unruhe bei den Sozialisten.) Daß Sie dem Kaiser Bismarck nicht grün sind, begreife ich, aber so weit hat sich noch kein Mensch verstiegen, solche Behauptungen wie die erwähnten auszusprechen. Auch Herr Bebel hat in einer geradezu unerlaubten Weise in einer Rede zu Hamburg am 6. März d. J. gesagt, daß wie alle Verkünder neuer Wahrheiten verkerrt würden, so auch Christus, wenn er jetzt lebte, sicher unter das Sozialistengesetz gefallen wäre, und daß auf die Verkündigung der Bergpredigt heute mindestens ein Jahr Gefängniß stehe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Solche Ausführungen von einer Menge, die ihn nicht widerlegen kann, halte ich für in hohem Grade unerlaubt. Die Anlegung eines „Verbrecheralbums“ ist nicht erfolgt; man hat die Arbeiter photographirt, um die Bilder bei den Untersuchungsakten zu haben; man hat nur die photographirt, welche von Arbeitern als solche beschuldigt waren, die ihnen die Fortsetzung oder den Beginn der Arbeit erschwert, die sie belästigt hatten. Ob es opportun war, das Photographiren vorzunehmen, ist eine Sache für sich. In der Hast und Aufregung jener Tage werde auch eine solche Maßregel verständlich. Ich bitte Sie, den § 153 anzunehmen; denjenigen aber, welche den Schwärmerien von dem sozialistischen Zukunftsstaat ihr Ohr geliehen haben, rufe ich das Wort zu, welches Dante als Ueberschrift über den Eingang zur Hölle gesetzt hat: „Läßt alle Hoffnung draußen, die ihr hier eintritt!“ (Gelächter bei den Sozialdemokraten, Zustimmung rechts.)

Abg. v. Stamm (Rp.) nimmt auf die Ausführungen des Abg. Hartmann über § 153 Bezug, denen er sich vollständig anschließt, und wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Förster und dessen Eintreten für die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften kämen im Zweck mit den Bestrebungen der Fachvereine zusammen, sie wollten die politische Herrschaft einer Partei über die Arbeiter herbeiführen und seien aus diesem Grunde wie jene verwerflich. Die Sozialdemokraten hätten ihr Geld für die Komplottbroschüre weggegeben, denn gerade diese habe den von Arbeitern gegen Arbeiter ausgeübten Terrorismus karggelegt, und er danke den Herren Sozialdemokraten für diese „Enthaltungen.“ Was die Verletzung der religiösen Gefühle der Nation betrifft, so kann ich dazu auch einen Beitrag liefern, der in meiner Gegend verbreitet wird. (Nebner verliest eine in die Form der drei Glaubensartikel gekleidete Verhöhnung des Kaiserlichen Bismarck.) Die Verschärfung der Strafbestimmung des § 153 ist durchaus nothwendig. Wenn die Möglichkeit einer Verhängung nur auf Grund der Herabsetzung der Strafmaße möglich wäre, so würde der heilsame Zweck der Vorschrift zum Theil wieder verloren werden.

Darauf wird die Diskussion geschlossen. Persönlich bemerkt **Abg. Bebel:** Ich verstehe nicht, wie die Aeußerungen des Hamburgischen Bundesbevollmächtigten über meine Rede in der Volksversammlung vom 6. März mit dem § 153 in Verbindung stehen. Urtheilen zu wollen, was mir erlaubt oder nicht erlaubt ist, das muß ich mir als eine Einmischung in meine persönlichen Angelegenheiten ganz entschieden verbitten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Kuer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinnigen abgelehnt. Die Abstimmung über den ersten Theil des § 153 der Vorlage:

„Wer es unternimmt, durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzungen oder durch Verurtheilungen 1. Arbeiter oder Arbeitgeber zur Theilnahme an Verabredungen der im § 152 bezeichneten Art zu bestimmen oder an Rücktritt von solchen Verabredungen zu hindern; 2. Arbeiter zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen oder an der Fortsetzung oder Annahme der Arbeit zu hindern; 3. Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitern zu bestimmen oder an der Annahme von Arbeitern zu hindern, wird mit Gefängniß nicht unter einem Monat bestraft. Ist die Handlung gewohnheitsmäßig begangen, so tritt Gefängniß nicht unter einem Jahre ein.“

ist eine namentliche; sie ergibt die Ablehnung mit 142 gegen 78 Stimmen. Für die Vorlage stimmen die Deutschkonservativen und die Reichspartei, sowie die Nationalliberalen mit Ausnahme der Abgeordneten Wising, Oststedt, Hoffmann und Siegle. Die übrigen Parteien stimmen geschlossen gegen den ersten Absatz des § 153; von den Antisemiten theilhaftig hat Niemand an der Abstimmung. Von den Wilden stimmen Prinz Carolath, Roeske und Johannsen ebenfalls mit der Mehrheit.

Der zweite Theil des § 153 wird darauf ebenfalls abgelehnt.

Die Debatte wendet sich zu Artikel V (Schlußbestimmungen). Nach § 154 finden die Bestimmungen des Tit. VII auf Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, wie auf Gehilfen und Lehrlinge in Handelsgeschäften keine Anwendung. Die Bestimmungen über Kinder, Frauen und Nachtarbeit finden auf Arbeitgeber und Arbeiter in Hüttenwerken, auf Zimmerplätzen, Werften, in Fingeleien, Bräuen und Gruben mit größerem, nicht bloß vorübergehendem Betriebe entsprechende Anwendung. Derselben Bestimmungen sollen auf Werkstätten Anwendung finden, welche elementare Pflichten beinhalten, doch mit der Maßgabe, daß der Bundesrath gewisse Dispense erteilen kann. Auf andere Werkstätten können diese Bestimmungen durch kaiserliche Verordnung

gang oder teilweise ausgedehnt werden. Die Hausindustrie soll von denselben nicht betroffen werden.

Die sozialdemokratischen Abg. Kuer u. Gen. wollen die letztgenannte Bestimmung streichen.

Abg. Wolkenbahr beantwortet diesen Antrag unter ausführlicher Darstellung der schädlichen Verhältnisse in der Hausindustrie, welche der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft am meisten Vorzug leisten. Desgleichen empfiehlt Redner einen weiteren Antrag, die Befugnis des Bundesrats, Dispense zu gewähren, zu streichen.

Die Abgeordneten Gutknecht und Genossen beantragen, die Ausbeutung der Schutzvorschriften in Betreff der Nacht-, Kinder- und Frauenarbeit auch für „Bauten“ kaiserlicher Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats zu überlassen.

§ 184 wird unter Ablehnung der Anträge der Sozialdemokraten mit dem Antrag Gutknecht u. Gen. angenommen, ebenso werden ohne Debatte §§ 184a und 185, endlich Artikel 7, welcher für das Gesetz den 1. Januar 1892 im Allgemeinen als Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmt, die Ausführungen einiger Spezialvorschriften aber bis 1. Januar 1894 aufschiebt, bzw. kaiserlicher Verordnung überläßt, unter Ablehnung entgegenstehender Anträge Kuer, aber unter Annahme eines Zusatzes Gutknecht u. Gen., welcher die neue Bestimmung über die Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschulen schon am 1. Oktober 1891 in Kraft treten lassen will, angenommen.

Damit ist die zweite Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle beendet.

Die eingegangenen Petitionen werden durch die gefassten Beschlüsse erledigt erklärt.

Schluss 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Gesetz betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern, kleinere Vorlagen, Wahlprüfungen.)

Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung vom 29. April, 11 Uhr.

Am Ministerische: Herrfurth und Kommissoren. Die dritte Lesung der Landgemeinde-Ordnung wird fortgesetzt bei § 109. Nach dem Beschlusse der zweiten Lesung sollen nur die Sitzungen der Gemeindevortretungen (nicht die der Gemeindeversammlungen) öffentlich sein.

Abg. Ricker will für beide Körperschaften die Öffentlichkeit einführen.

Abg. v. Huene beantragt, daß jeder großjährige Gemeindeangehörige der Gemeindeversammlung als Zuhörer betreten kann.

Abg. Bohy will beschränkte Öffentlichkeit für Gemeindeversammlungen und Gemeindevortretungen einführen; in geheimer Sitzung kann die Öffentlichkeit ganz ausgeschlossen werden.

Abg. v. Huene glaubt, daß die Sache am besten der Entscheidung der Herrenhäuser vorbehalten bleibt.

Minister Herrfurth bittet, die Sache so zu regeln, daß möglichst unverändert die Vorlage im Herrenhause zur Annahme gelangen könne. Die vom Abg. v. Huene vorgeschlagene Fassung ist wohl die beste. Jeder großjährige Gemeindeangehörige soll sowohl der Gemeindeversammlung als den Sitzungen der Gemeindevortretung anwohnen können.

Abg. Bohy (l.) erklärt, daß die Gemeindevorsteher vielfach erklärt haben, daß sie bei Öffentlichkeit der Gemeindeversammlungen und Gemeindevortretungen ihr Amt nicht durchführen wollen, weil sie sich nicht dem Einfluß fremder Personen aussetzen wollen. Für Gemeindeversammlungen sollte man noch wie vor die Öffentlichkeit ausschließen, für Gemeindevortretungen eine beschränkte Öffentlichkeit für die Gemeindeglieder zulassen. Redner verweist darauf, daß auch die Sitzungen der Kirchengemeindevortretungen, der Gemeindekirchenräthe und der Magistrats nicht öffentlich seien, trotzdem es sich bei deren Entscheidung auch um das Geld der Steuerzahler handelt. Wie soll denn eine Sitzungspolizei in der Gemeinde-Versammlung aufrecht erhalten werden? Wenn ein Aufseher bestellt werden soll, muß ihn der Schulze selbst beim Krogen packen; dadurch entsteht eine Bolgerlei. Die Vertheidiger der Öffentlichkeit können von diesen Verhältnissen kaum eine Kenntniss haben. Wenn der Minister selbst einmal Gelegenheit gehabt hätte, einer Gemeindeversammlung beizuwohnen, hätte er sich wohl nicht für die Öffentlichkeit erklärt. In der Öffentlichkeit liegt eine große Gefahr; wir müssen der Sozialdemokratie die Waage, welche nur durch die Öffentlichkeit gegeben wird, aus der Hand nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Die Öffentlichkeit wird die Sozialdemokratie benutzen zur Ausbeutung der verschiedenen Bevölkerungsklassen gegen einander. Die Öffentlichkeit soll die Ausübung der Kontrolle erleichtern, in Wirklichkeit ist sie aber nur ein Ausdruck des gefühllos sanktionierten Mißtrauens der Auftraggeber gegen ihre Beauftragten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Minister Herrfurth: Da ich mich für die beschränkte Öffentlichkeit ausgesprochen habe, passe die wohl vorbereitete Rede des Vorredners nicht mehr. Ich habe Gelegenheit gehabt, öffentlichen Gemeindeversammlungen beizuwohnen (Zuruf: Wo?) und habe dabei nichts Unangenehmes erlebt. Die grundsätzliche Heimlichkeit der Verhandlungen ist absolut unvermeidlich, weil sie Mißtrauen erregt. (Widerpruch rechts.) Ich bin für die beschränkte Öffentlichkeit und will die Personen zulassen, welche Herr v. Huene in seinem Antrage bezeichnet.

Abg. v. Huene: Herr Bohy übertreibt die Sache ganz übermäßig. (Widerpruch rechts.) Wir haben Sitzungen des Kreistages öffentlich; ich sehe nicht ein, weshalb nicht auch Gemeindevortretungen öffentlich berathen sollen.

Abg. Ricker (sfr.): Nach der Haltung der Herren von der Rechten dürfte der Minister überhaupt keinen Paragrafen vorschlagen, ohne mit den Herren Landräthen eine Konferenz abzuhalten. Hier soll die Pforte gebaut werden für die Sozialdemokraten, und der konservative Minister baut selbst diese Pforte. Jetzt erst wird diese Öffentlichkeit bedenklich gefunden; während der ganzen Kommissions-Verhandlungen hat Niemand etwas davon gemerkt, trotzdem Gemeindevorsteher und Magistrate Landräthe der Kommission angehört haben. (Heiterkeit.) Dauert es immer so lange, bis Sie die Dinge erkennen? (Große Heiterkeit.) Da müssen Sie freilich etwas schneller werden, wenn Sie die Sozialdemokratie bekämpfen wollen. Die Gemeindevorsteher wollen sich nicht dem Einfluß fremder Personen aus den Nebenräumen aussetzen! Das wird gesagt von der Seite, welche die geheime Abstimmung ablehnt, weil Jeder den Muth seiner Ueberzeugung haben und öffentlich abstimmen müsse. So werden die Gemeindevorsteher dochgestellt als Männer, die vor jeder fremden Person in Mantelfoch kriechen. (Heiterkeit.) Wenn die Sozialdemokratie etwas erzielen will auf dem Lande, dann kann sie es bei Ablehnung der Öffentlichkeit viel leichter bewerkstelligen.

Abg. Vamprecht (l.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Bohy vollständig an.

Abg. Eberly spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man für die Öffentlichkeit der Gemeindevortretungen und Gemeindeversammlungen jetzt überhaupt noch sprechen müsse. Zu bedauern sei es, daß der Minister die Regierungsvorlage ganz ohne Grund aufgegeben habe.

Nachdem auch Abg. Kangerhans sich für die Öffentlichkeit ausgesprochen, erklärte sich Abg. Krause (nallib.) in demselben Sinne, wobei er noch darauf hinwies, daß auch in der freien Kommission, welcher auch Herr v. Raachhaupt angehört, der § 109 nicht bemängelt worden ist. (Sdrl! links.)

Abg. Bohy: Meine Rede richtete sich nicht gegen den Minister, sondern gegen den Antrag Ricker. Die Bedenken gegen die Öffentlichkeit sind in der zweiten Lesung ebenso vorgebracht worden wie jetzt. Bei der Öffentlichkeit der Gemeindeversammlung werden die Reporter der kleinen Blätter jede ungeschickte oder drastische Aeußerung des Schulzen melden und mit beizühnender Spott behandeln. Wer wird dann überhaupt noch Lust haben, das Ehrenamt eines Schulzen zu übernehmen? (Zustimmung)

rechts.) Die Gefahr, welche in der Öffentlichkeit liegt, ist nicht zu langem. Deshalb sollte man die Bestimmung noch im letzten Augenblick verbessern.

Minister Herrfurth: Beim Kreisaußschuß soll das Verfahren nicht öffentlich sein, wie der Vorredner behauptet hat. Nach dem Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung ist sowohl für das Streit- wie für das Beschlußverfahren die Öffentlichkeit bei der mündlichen Verhandlung notwendig. Ich bitte den Vorredner, diese Gesetzesbestimmung einem ihm nahestehenden Landrat ins Gedächtnis zurückzurufen. (Heiterkeit links.)

Abg. Ricker stellt fest, daß die Konservativen nicht von Anfang an gegen die Öffentlichkeit waren, jedenfalls nicht bei der Hauptverhandlung in der Kommission. Auffallend ist es, daß ein Abgeordneter, der selbst Vorsitzender eines Kreisaußschusses ist, sich in Unkenntnis der Gesetzesbestimmungen über denselben befindet; es wäre doch den Herrn Fraktionären zu rathen, daß sie sich mit den Gesetzen, die sie ausführen, etwas bekannt machen.

Abg. v. Raachhaupt (l.): Nach dem Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung sind die Verhandlungen des Kreisaußschusses im Beschlußverfahren nicht öffentlich.

Minister Herrfurth: Nach dem Gesetze soll das mündliche Verfahren, welches auch beim Beschlußverfahren zugelassen und in gewissen Fällen vorgeschrieben ist, öffentlich sein; von einem absoluten Ausschluß der Öffentlichkeit ist also beim Kreisaußschuß keine Rede.

Damit schließt die Diskussion.

In persönlicher Bemerkung bemängelt Abg. Bohy, daß Herr Ricker wie ein Papagei dem Minister etwas nachgeplappert habe. (Präsident v. Köllner rügt diesen letzten Ausbruch als unparlamentarisch.) Herrn Ricker darauf etwas zu erwidern, sei er zu vornehm.

Abg. Ricker: Diese Vornehmheit, daß Herr Bohy von mir sagt, ich hätte wie ein Papagei etwas nachgeplappert...

Präsident v. Köllner: Das Wort „nachplappern“ habe ich bereits gerügt; das Wort „Papagei“ hat Herr Bohy nicht gebraucht. (Lebhafter Widerspruch links.)

Abg. Ricker: Diese Vornehmheit“ gehört doch nicht auf diese Bank der Gesetgebung.

§ 109 wird mit dem Antrage v. Huene angenommen.

Die §§ 110 bis 138 werden mit mehreren redaktionellen Aenderungen ohne erhebliche Debatte angenommen.

Beim fünften Titel: Aufsicht des Staates (§§ 139 bis 145) weist

Abg. v. Meyer-Krausmaße darauf hin, daß in keiner der vielen Druckfassen von den Kosten der neuen Landgemeinde-Ordnung die Rede sei. Schulze, Schreiber werden unbedingt angestellt werden müssen, denn die Gemeindevortretungen werden verlangen, daß ihnen die Tagesordnung der Sitzung vorher bekannt gegeben werde. Die Schreiberei wird, namentlich auch bei der Aufsicht der Staaten ins Unendliche gehen. Es wird mit der Landgemeinde-Ordnung ebenso geben, wie mit der Selbstverwaltung: Sie wird immer bürokratischer werden. Als ich das damals sagte, wurde ich von meinen damaligen Fraktionsgenossen verlacht, namentlich auch von Herrn von Raachhaupt, der sich damals an die Spitze der konservativen Partei stellte, die sich später auf höhere Anordnung wieder mit den Konservativen vereinigte. (Heiterkeit.) Seit Einführung der Selbstverwaltung hat sich die Zahl der Beamten sehr erheblich vermehrt, jetzt wird die Zahl der Beamten wieder vermehrt werden, nicht bloß bei den Aufsichtsbehörden, sondern auch beim Ober-Verwaltungsgericht.

Abg. v. Raachhaupt: Nicht auf höhere Anordnung haben sich die Konservativen mit den Konservativen vereinigt; ich weiß doch auch etwas davon; eher war das Gegentheil der Fall.

Der fünfte Titel wird unverändert angenommen. Der sechste und letzte Titel enthält die Uebergangs- und Schlussbestimmungen. (§§ 146 und 147.) Nach § 146 tritt die Landgemeinde-Ordnung mit dem 1. April 1892 in Kraft. Weiter werden dann aufgezählt die Bestimmungen des allgemeinen Landrechts, welche mit diesem Zeitpunkte außer Kraft treten. Die bestehenden Verhältnisse und Obliegenheiten sollen noch längstens drei Jahre in Kraft bleiben. Rechte und Pflichten, welche auf besonderen Titeln des öffentlichen Rechts beruhen, sollen in Kraft bleiben insoweit, als sie von den bisherigen allgemeinen Vorschriften u. s. w. abweichende Bestimmungen erhalten. Endlich soll für die Bildung von Schulverbänden eine gesetzliche Regelung vorbehalten bleiben.

Es liegen einige Anträge vor, welche gewisse Theile dieser Paragrafen als besonderen Paragrafen formuliren oder streichen wollen.

Abg. Gneiß empfiehlt die Annahme der Regierungsvorlage und will deshalb die Bestimmung über die Rechte und Pflichten, welche aus besonderen Titeln des öffentlichen Rechts beruhen, streichen.

Abg. Schmidt-Warburg will ausdrücklich die Bestimmung aufnehmen, daß Privatrechte durch dieses Gesetz nicht aufgenommen oder geändert werden dürfen.

Minister Herrfurth verweist darauf, daß die Verfassung im Artikel 9 durch den Schutz des Privateigentums die Sache schon genügend regelt; er empfiehlt die Annahme des Vorschlages des Abg. v. Gneiß.

Abg. Ritter will den von Gneiß angefochtenen Passus aufrecht erhalten, während die Abgeordneten Ricker und Krause denselben verwerfen.

§ 146 wird unter Streichung des Passus über die Obliegenheiten angenommen.

§ 147 wird mit einem Zusatz angenommen, der das Stimmrecht für die erstmalige Gemeindeversammlung regelt.

Bei der Debatte über die Ueberschrift des Gesetzes erklärt

Abg. Wachen-Mühlheim für die große Mehrzahl seiner Freunde, daß sie trotz der mannigfachen Mängel des Gesetzes für die Vorlage stimmen würden. Im Namen eines großen Theils der Abgeordneten der westlichen Provinzen, jedenfalls aber aller seiner speziellen Freunde aus dem Rheinlande erklärt er ferner, daß diese Zustimmung nur erfolgt unter Verwahrung gegen alles Präjudiz für die westlichen Provinzen. (Große Unruhe. Hör! links.) Die Abgeordneten aus dem Westen hätten sich deshalb die größte Zurückhaltung auferlegt. Im Westen sei ein hochentwickeltes Gemeindeleben vorhanden, während hier erst die Grundlagen dazu gelegt werden sollen. (Widerpruch rechts.) Die Bedenken richten sich mehr gegen die grundsätzlichen Bestimmungen der Vorlage und gegen den Geist, aus dem sie hervorgegangen sind. Das Maß von Besorgnis vor einem Geltendmachen der Stimmung der kleinen Leute können wir in keiner Weise theilen. Sie, meine Herren aus dem Osten, sehen darin zu schwarz in dieser Beziehung. Der berechtigte Einfluß des größeren Grundbesitzes wird auch später zur Wirkung kommen können. (Unruhe rechts; Auf: Zur Sache!) Trotz dieser Bedenken werden wir für das Gesetz stimmen ohne Präjudiz für den Westen und in der Hoffnung, daß Sie sich uns gegenüber dasselbe Maß von Zurückhaltung auferlegen, wie wir dies gethan haben.

Minister Herrfurth: In formeller Beziehung ist der Vorbehalt des Vorredners berechtigt, materiell aber nicht, denn die Reform der Landgemeinden in Rheinland ist eine cura posterior. Wenn auch eine Reihe von Beschlüssen in die Vorlage hineingekommen ist, die der Regierung unerwünscht sind, so ist doch immer darunter derartig, daß die Wirkung des Gesetzes dadurch beeinträchtigt wird. Ich werde als Abgeordneter für die Vorlage stimmen und, wenn diese Vorlage mit großer Mehrheit angenommen werden sollte, als Minister im anderen Hause die möglichst unveränderte Annahme derselben befürworten.

Abg. v. Röcher (l.): Als ich die Ueberschrift las: Landgemeinde-Ordnung für die östlichen Provinzen, da dachte ich mir, es wird verfahren nach dem Grundsätze: fiat experimentum in corpore vill.

Abg. Ricker (sfr.): Ich hätte gewünscht, Herr Wachen und seine Freunde hätten den Grundsatz befolgt: was Du nicht willst, das Thue nicht, das Du nicht willst, das Thue nicht. Herr Wachen hätte also weniger zurückhaltend sein und daran denken sollen, daß im Osten auch Menschen vorhanden sind, welche nach freierwilliger Entwicklung streben.

Abg. v. Gnuern (nl.): Ich kann mich dem Protest des Herrn Wachen durchaus nicht anschließen; es sind im Westen auch noch manche Dinge der Aenderung bedürftig.

Ueberschrift und Einleitung werden darauf unverändert genehmigt.

Damit ist die dritte Beratung der Landgemeinde-Ordnung beendet.

Es folgt der mündliche Bericht der Kommission für die Geschäftsordnung über die Frage der Nothwendigkeit der Wiederholung der verfassungsmäßig vorgeschriebenen zweiten Abstimmung über den G. G. betreffs Aenderung des Wahlverfahrens, nach Aenderung der Einleitung dieses Entwurfs in der zweiten Abstimmung in der Plenarsitzung vom 9. d. M.

Die Kommission beantragt, zu erklären, daß über den G. G., betreffend die Aenderung des Wahlverfahrens, wie er in der Abstimmung vom 9. d. M. angenommen worden ist, gemäß Art. 107 der Verfassungsurkunde eine nochmalige Abstimmung nach Ablauf von 21 Tagen erforderlich ist.

Abg. Reichensperger bezeichnet es als ganz selbstverständlich, daß über Verfassungsänderungen zweimal vollständig konform abgestimmt werden muß; es kann dabei keinen Unterschied machen, ob die Aenderung, welche vorgenommen ist, erheblich oder unbedeutend ist.

Der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission wird angenommen.

Schluss gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Zuglittige Abstimmung über die Landgemeinde-Ordnung, Städte-Ordnung für Wiesbaden und kleinere Vorlagen; erste Lesung der Heutengüter-Vorlage.)

Parlamentarisches.

In der heutigen Plenarsitzung des Bundesrats wurde der Vorlage betreffend den Handelsvertrag mit Marokko die Zustimmung erteilt. Die Vorlagen betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für 1891/92 und die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichs-Heeres u. wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 23. April.

Der Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryp, eröffnet die Sitzung nach 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen. Nach Eintritt in die Tagesordnung werden einige Naturalisationsgesuche geschäftsmäßig erledigt. Die Erwerbung von Terrain zur Anlage der verlängerten Charlottenstraße zum Preise von 500 000 M. wird vom Ausschusse beantragt.

Stadtv. B e l i e h beantragt das königliche Terrain im Wege der Enteignung erwerben zu lassen. Die Forderung des Fiskus sei übertrieben. Die Durchlegung braucht nicht übereilt zu werden.

Stadtrath Voigt vertheidigt den Ausschussantrag. Stadtv. Spindler beantragt, die Vorlage noch einmal an den Ausschuss zurückzugeben.

Dieser Antrag findet schließlich Annahme. Es folgt die Vorlage über einen Nachtragsetat mit der Neuen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft sowie die weitere Beratung des Antrages des Stadtv. Vogtherr und Genossen in Sachen der Pferde-Eisenbahn.

Der Berichterstatter des Ausschusses, Stadtv. Gerstenberg, beantragt folgende Beschlussefassung:

A. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der mit der Neuen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossene Vertrag von 1881/85 in folgenden Punkten abgeändert oder ergänzt wird.

I. Die Gesellschaft wird von dem weiteren Ausbau der Linie Frankfurt-Allee-Nummernburg befreit.

II. Ihr wird die Genehmigung zum Bau einer neuen Linie von Weihensee über Neu-Weihensee durch die Prenzlauer Chaussee bis zum Anschluß an die des Schönhauser Thor berührenden Linien der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn erteilt.

III. Die Gesellschaft verpflichtet sich, als Zweiglinie dieser neuen Pferdebahn-Linie zugleich eine Pferdebahn vom Treffpunkt der Prenzlauer Allee und der Langgierstraße durch die Prenzlauerstraße bis zum Alexanderplatz zu führen, wenn die beteiligten Behörden die Genehmigung erteilen.

IV. Die Gesellschaft verpflichtet sich, eine Pferdebahn vom Bahnhof Friedrichsberg nach der im Bau begriffenen städtischen Irenenanstalt bei Lichtenberg zu führen.

V. Die Gesellschaft verpflichtet sich, an den Wochen-Tagen, in den frühmorgens Arbeiterwagen einzuführen und zur Benutzung derselben mit ermäßigten Fahrpreisen sowohl einfache Fahrkarten für die bloße Einfahrt, als auch Rückfahrkarten, welche zur Rückfahrt mit jedem beliebigen Wagon der betreffenden Strecke berechtigen, auszugeben.

VI. Die an die Stadt Berlin zu zahlende prozentuale Abgabe von der Brutto-Einnahme wird in Zukunft nach denselben Grundsätzen, wie dies bei der großen Berliner Pferde-Eisenbahn vereinbart ist, berechnet.

VII. Die Dauer des Vertrages wird bis zum 31. Dezember 1911 verlängert.

VIII. Diese Vereinbarungen verlieren ihre Gültigkeit, wenn bezüglich der neuen Pferdebahn zu IV. außerhalb der Stadt Berlin zur Genehmigung berufenen Behörden an die Gesellschaft beantragte über die bei der Stadt Berlin üblichen Bedingungen hinausgehende Forderungen stellen, daß die Annahme derselben nach dem billigen Ermessen des Magistrats der Gesellschaft nicht zugemuthet werden kann.

B. Die Versammlung ersucht den Magistrat, wegen Einführung der bei A. V. formulirten Einrichtung auch mit den übrigen Gesellschaften in Verbindung zu treten.

C. Ueber den Antrag Vogtherr (1. Durchschnitts-Zehnminutentakt; 2. bessere Verbindung zwischen Wedding und Westen-Südwesten, Osten und Südosten; 3. Benutzung der Vorlage auch von Frauen) geht die Versammlung zur Tagesordnung über.

Folgende Anträge werden gestellt:

Stadtv. Nielenz beantragt, die Vorlage noch einmal an den Ausschuss zurückzugeben.

Stadtv. Sachs beantragt, in die Bedingungen mit aufzunehmen, daß die Deckplätze auch von Frauen benutzt werden.

Stadtv. B e r i c k beantragt, als Termin für die Eröffnung der neuen Linie den 1. April 1893 zu bestimmen.

Auf Vorschlag des Referenten wird zunächst nur über den Vertrag mit der Neuen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft verhandelt und der Antrag Vogtherr und Genossen gesondert abgehandelt.

Nachdem der Referent den Ausschussantrag begründet, wird mitgetheilt, daß seitens der Direktion der Neuen Berliner Pferde-Eisenbahn ein Schreiben mit neuen Vorschlägen eingetroffen sei und Stadtrath Neubrinck macht daraufhin den Vorschlag, den Magistrat um eine auf diesen Schreiben Rücksicht nehmende neue Vorlage zu ersuchen und von der gegebenen abzusehen.

Die Majorität der Versammlung zieht jedoch den Antrag

Miele vor und verweist die Vorlage mit allen Nebenträgen (auch dem Antrag Boghner) noch einmal an den Ausschuss.

Der Magistrat hatte den Neubau einer Doppel-Bade-Anstalt hinter dem Schulgrundstück Mühlenstr. 50 beantragt. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme dieses Antrages und ersucht den Magistrat, in der Nähe der jetzt zu erbauenden Bade-Anstalten den Bau einer Anstalt für Erwachsene vorzubereiten, um nach Eröffnung derselben die beiden Anstalten hinter dem Schulgrundstück zur ausschließlichen Benutzung den Schülern zu überlassen.

Stadt-Sp. Spinola äußert Bedenken gegen die Vorlage.

Stadt-C. Gaffel bittet um Annahme der Vorlage.

Stadttrath Borchert empfiehlt die Annahme der Magistratsvorlage oder wenigstens die Annahme des Ausschussantrages. Die Bevölkerung habe ein hervorragendes Interesse an der Errichtung dieser Bade-Anstalten, da die Bade-Anstalten in der Burgstraße, an der Schloßfreiheit und an der Waisenbrücke, im Ganzen 6 Anstalten, welche im vorigen Jahre trotz ungünstiger Witterung von 307 000 Personen besucht worden sind, in Fortfall kämen.

Stadt-Schulrath Vertam tritt für die Magistratsvorlage ein und begründet dieselbe in längerer Ausführung vom hygienischen und pädagogischen Standpunkte aus.

Stadt-S. Singer empfiehlt die Magistrats-Vorlage. Er würde es am liebsten sehen, wenn jede Schule mit einem Bade verbunden wäre. Herr Spinola sei ja von jeder gegen Schulbäder, immerhin wundere ihn der Standpunkt desselben, da er doch durch seinen Beruf am besten wisse, wie es mit den hygienischen Verhältnissen in Berlin bestellt sei. Lärm werde auch beim Turnen verursacht, es sei deshalb aber noch Remondben eingefallen, den Turnunterricht aus der Nähe des Schulgebäudes zu verbannen. Er sei erfreut, daß mit der Magistratsvorlage der Anfang mit einer Einrichtung gemacht werde, die nach seiner Meinung untrennbar mit jeder Schule verbunden sein sollte.

Der Magistratsantrag wird nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen, der Zusatzantrag dagegen abgelehnt.

Gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses in der Verwaltungs-Streitsache betreffend die Wahl des Redakteurs Dr. Wächter beschließt die Versammlung beim Ober-Verwaltungsgericht Berufung einzulegen.

Einige unwesentliche Magistratsanträge werden debattelos angenommen.

Stadt-S. Kallisch und Genossen beantragen, den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation darüber zu beraten, auf welche Weise von der städtischen Verwaltung das Projekt einer Industrie-Ausstellung in Berlin am besten gefördert werde.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Schluß 8 1/2 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Lokales.

Auch unsere „Naturheilkünder“ fangen an, sich mit der Lösung der „sozialen Frage“ eingehend zu beschäftigen, nicht etwa daß sie es mit knieigen Wasserläuren und Rehakulien machen wollen, in ihren „Gesundheitskalender“ für Naturheilkunde vom Jahre 1891 giebt einer ihrer Hauptposten ein ganz anderes Mittel an — das Barfußgehen.

Nach einem längeren Ausfluge über den Werth des Barfußgehens in hygienischer Beziehung und nach etlichen Seitenhieben auf unsere theilweise gesundheitschädlichen Knaben, zieht der Herr Apffel auch die stiltliche und soziale Seite des Barfußgehens in Betracht und vertritt sich zu folgendem Weisheitspruch, den wir uns nach seiner zufälligen Entdeckung beileien (setzungen):

Ich messe dem Barfußgehen auch einen stiltlichen, ja sozialen Werth bei. Wie oft ist der Arme mit seinem Loos unzufrieden und kommt auf umhüllende Gedanken. Wenn er nun sieht, daß sein Knab-Barfußgehen nicht Weisendes ist, vielmehr auch von den Reichen gepflegt wird oder doch gerne gepflegt würde — da sieht er den Segen der Armut ein und fühlt sich zufrieden und glücklich.

Ein netter Segen der Armut! Leid thun uns jetzt nur noch die armen Schuster, mit deren Handwerk wird es vorbei sein, wenn unsere Eiger nicht mehr mit in allen Farben schillernden Stiecknadelspitzen-Schuhen unter den Linden Plaster treten werden. Doch dies Befähigungsmittel dürfte wohl mehr für die landlichen Arbeiter als „geistige“ Belämpfung der „Unkulturideen“ angebracht sein, für die städtischen Arbeiter müßte schon ein neues Mittel erdacht werden. Vielleicht gewöhnen sich hier die Reichen das Champagnertrinken und das Aushernessen ab, an Weinen wäre aber schon ein Abgewöhnen der Ausbeutung der Arbeitskräfte.

Einen unverkennbaren, wesentlichen Vortheil würde jedoch die Abschaffung des Schuhwerkes in sich bergen, es könnte nämlich der Arbeiter schon um ein Bedeutendes billiger arbeiten, wenn er nicht mehr für sich und seine Kinder das theure Schuhwerk beschaffen brauchte. Das ergäbe mithin ein Sinken der Löhne und eine Steigerung des Unternehmerrisikos. Man sieht, daß Alles, selbst die Naturheilkunde sich in den Dienst des allein seligmachenden Kapitals zu stellen trachtet.

Ein krauses Beispiel für die Ueberfüllung, welche in den wissenschaftlichen Fächern herrscht, liefert wieder einmal die Besetzung eines Postens in Staatsdienst. Im Februar dieses Jahres veräußerte, daß infolge der getragenen Erweiterung des Reichs-Verwaltungsamtes noch eine wissenschaftlich gebildete Kraft als Bibliothekar benötigt wird und am 1. April zur Anstellung gelangen soll. Die Zahl der Bewerber um den vakanten, nicht einmal besonders günstigen Posten betrug über vierhundert!

Durch den vom 1. Mai ab in Kraft tretenden neuen Fahrplan der Stadt- und Ringbahn werden den Anwohnern des Nord- und Südtrings, namentlich aber den letzteren, wesentliche Erleichterungen gemährt. Der Nordring, als der in früheren Jahren verhältnismäßig stärker benutzte, hatte schon seit längerer Zeit einen Theil des Tages hindurch halbständigen Verkehr nach jeder Richtung; jetzt ist dieser Halbstundenverkehr fast über den ganzen Tag ausgedehnt. Aber auch der Südring, dessen Benutzung sich ja in den letzten Jahren ganz erstaunlich gesteigert hat, ist nunmehr endlich mit Halbstandenzügen bedacht worden, welche nur in den späten Abendstunden theilweise wegfallen und dem Stundenverkehr wieder Platz machen. In der Richtung Schleißer Bahnhof—Charlottenburg beginnen die Südring-Züge Morgens 5.10 (Schleißer Bahnhof), von Charlottenburg ab jedoch in derselben Richtung schon 4.30. In der Richtung Charlottenburg—Schleißer Bahnhof um 5.06 (Charlottenburg), vom Schleißer Bahnhof ab jedoch schon 4.06. Der letzte Halbstandenzug in ergeblicher Richtung fährt vom Schleißer Bahnhofe 9.40 Abends; ihm folgen dann nur noch die Züge 10.40 und 11.40 (vom Schleißer Bahnhof). In umgekehrter Richtung währt der Halbstandenzug bis zu dem 8.06 von Charlottenburg abgehenden Zuge, dem nur noch die 9.06 und 10.06 abgehenden folgen. Doch haben die Anwohner der westlichen Südtrings-Gelegenheit, vom Potsdamer wohner der westlichen Südtrings-Gelegenheit (vom Potsdamer Bahnhofe aus bis 10.43 Abfahrtszeit vom Potsdamer Bahnhof) halbständig nach Hause zu fahren; es gehen dann noch 10.56 ein Zug bis Halensee und 11.43 einer bis zum Schleißer Bahnhofe und 12.43 der letzte bis Charlottenburg. Dieser Fahrplan kommt den lange gebeten Wünschen der betroffenen Vororte entgegen, und es fragt sich nur, wie nun auf den Bahnhöfen entgegengesetzter Friedenan einerseits und Halensee andererseits der gesteigerte Verkehr der Personenzüge mit dem gleichfalls lebhaften

Güterverkehr in Einklang gebracht werden wird. In Wilmerdorf-Friedenan hat f. Z. die Schwierigkeit dieser Verhältnisse den bekannten unheilvollen Zusammenstoß veranlaßt. Auch in Halensee müssen die Güterzüge beim Rangiren auf die Strecke hinaus und können dort die Personenzüge hindern. Sobald das zu der neuen Gasanstalt bei Schmarzendorf von Halensee aus zu legende Weis die sein wird, kann dies zum Rangiren benutzt werden. Warum ist es nicht schon fertig? da es doch einmal gemacht werden muß, so wäre es doch ein Verdict gewesen, es etwas früher zu machen und dadurch den Bahnhof Halensee zu entlasten.

Bei der Bestellung vor der Erfah-Kommission erschien am letzten Sonnabend am Kolonnenmarkt ein Bestellungenpflichtiger mit einer Schleiße von vorwiegend rother Farbe. Auf die ihm vorgelegte Frage: „Sind Sie Sozialdemokrat?“ meinte derselbe wahrheitsgemäß mit Ja antworten zu müssen. „Stellen Sie diesen Mann kalt“, hieß es. Der junge Mensch wurde, nachdem er als lechter vorgekommen, zur Infanterie angekehrt, dann aber einem Schutzmann zur Ueberführung nach dem Polizeipräsidium übergeben; mit der rothen Schleiße wird sich der Staatsanwalt beschäftigen.

Die Fremdwörter. In welchen komischen Intermezzen häufig die Sucht, die in der deutschen Sprache eingebürgerten Fremdwörter mit aller Gewalt auszumerzen, fährt, hat ein Zwischenfall bewiesen, der dieser Tage in einer Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses sich ereignete. Dort hatte der Abgeordnete Bohm den Antrag gestellt, bei dem in Beratung befindlichen § 80 der Landgemeinde-Ordnung das Wort „absolute“ in „unbedingte“ umzuwandeln. Und dabei ereignete sich nun folgende Scene:

„Um das Wort habe ich gebeten“, sagte der Abgeordnete, „weil ich mir auf Nr. 252 der Drucksachen unter Nr. 4 den Antrag zu stellen erlaubt habe, in § 80 das Wort „absolute“ vor Stimmenmehrheit umzuwandeln in „unbedingte“. Das klingt vielleicht lächerlich, aber wir sind bestrebt, da, wo es irgend geht, Fremdwörter zu eliminieren.“

(Rufe: Eliminiren!)

(Weiterkeit.)

Dieser Papus, — (Rufe: Papus!) (Große Heiterkeit.)

der mir eben begegnet ist, beweist nur, wie sehr wir noch gewöhnt sind, mit Fremdwörtern.

(Rufe: zu operiren!)

(Stürmische Heiterkeit.)

— Mißbrauch zu treiben, sodas es wirklich angezeigt ist, da, wo es angänglich erscheint, derartige Fremdwörter zu beseitigen. Nun habe ich bei meiner Erfahrung in der Praxis —

(Weiterkeit.)

häufig gefunden, daß bei der Feststellung der Mehrheit bei Wahlen die Gemeindevorsteher in Verlegenheit gerathen. Sie verstehen die Begriffe „absolute“ und „relative“ Mehrheit nicht auseinander zu halten, und ich habe es deshalb für angezeigt gehalten, den Antrag zu stellen, an Stelle des Wortes „absolute“ hier das deutsche Wort „unbedingte“ zu setzen.

Die Sache hat ja nun hier einen lächerlichen Anstrich gewonnen, aber sie ist wirklich nicht so lächerlich, wie es scheint. Ich habe es erst gemeint und möchte Sie bitten, den von mir zu § 80 gestellten Antrag hier schon bei § 60 anzunehmen, woraus dann als Konsequenz —

(Weiterkeit.)

— folgt, daß er auch bei § 80 als angenommen gilt.“

Eine hervorragende Rolle in der Selbstmord-Chronik spielt die Thiergarten-Schleife, in deren Nähe innerhalb der letzten 48 Stunden 5 Leichen aus dem Wasser gezogen worden sind. Unter diesen befindet sich diejenige der Frau Hedwig Kländer, geb. Weisfuß, welche am 28. v. Mts. im Kindbetsstube ihren Angehörigen entließ und den Tod im Wasser suchte. Es dürfte selten vorkommen, daß ein Mensch in dem Augenblicke, wo er in den Tod gehen will, so viel Hindernissen begegnet, wie Frau R. Als sie nämlich in der Thiergarten-Schleife in den Kanal springen wollte, kam zufällig ein Herr hinzu, welcher die augenscheinlich kranke Dame zurückhielt, sie aber nicht festhalten vermochte. So daß sie sich ihm wieder entwand und in den Thiergarten stürzte. Der ihr folgende Ketter oeruchte sich der Frau unter dem Schutze der Baumstämme unbemerkt zu nähern; diese suchte zu entfliehen, indem sie gleichfalls Deckung hinter den Blumen nahm. Nachdem sie zwei Mal von dem Wasser zurückgeschwenkt worden war, gelang ihr schließlich der verhängnisvolle Sprung, und der emsig auf die Rettung bedachte Herr behielt nur das Kopfschmerz in der Hand. Die Leiche konnte trotz allen Suchens bis gestern nicht gefunden werden. An derselben Stelle sprang gestern eine Frau in die Fluthen, deren Leiche heute schon gelandet wurde, aber noch nicht relogosirt worden ist. Die Dame, welche volles, schwarzes Haar hat, trag am rechten Goldfinger 2 Trauringe mit den Zeichen E. R. und H. G. und hatte einen Zeitungsabschnitt bei sich, in welchem der Tod eines Buchhalters der städtischen Gasanstalt, Namens Emil Rolte, gemeldet wurde, bezugnehmend ein preussisches Lotterielos mit der Nummer 2222, ein Rezept für Frau Berlin und ein Portemonnaie mit einigen Geldstücken und 3 Kinderzähnen.

Das räthselhafte Verschwinden des Kassirers Heyn aus der Familie von Albrecht und Meister in Charlottenburg hat bis jetzt noch keine Klärung gefunden, doch ist, aus gewissen Umständen zu schließen, mit Sicherheit anzunehmen, daß der Vermisste eine schon längere Zeit geplante Flucht zur Ausführung gebracht hat. Heyn, welcher hier in der Marienburgerstraße eine ziemlich große elegant ausgestattete Wohnung inne hatte, ist stark verschuldet und hat schon seit einiger Zeit mit pekuniären Sorgen zu kämpfen gehabt. Am Montag Vormittag wurden von einem Gläubiger des H., einem Möbelhändler, die Möbel abgeholt, gleichzeitig verließ die Frau des Bläthigen die Wohnung und ist bis heute noch nicht dahin zurückgekehrt; beide Kinder des Ehepaars sind unter der Obhut der Großmutter in der Wohnung zurückgelassen. Bekannte des Bläthigen wollen denselben in der Uniform eines Offiziers in Berlin vor einigen Tagen gesehen haben; noch nicht aufklärt ist bis jetzt die Person der fremden Dame, welche den H. aus dem Komptoir abgeholt hat und über welche die Frau des Verschwindenen der Behörde keine Auskunft erteilen konnte.

Zur Bluthat in der Händelstraße. Die Wittme Studt ist bereits wiederhergestellt und aus dem Sanatorium am Hanseplatz entlassen worden. In ihre bisherige Wohnung ist sie indessen nicht wieder zurückgekehrt, hat vielmehr, um nicht tagtäglich an die schauerliche That erinnert zu werden, das Schankgeschäft verkauft und sich zunächst zu Angehörigen in Pflege begeben.

Um seiner Verhaftung zu entgehen, unternahm vorgestern Vormittag ein Zimmerstraße 98 wohnhafter 55jähriger Buchhalter einen Selbstmordversuch. Als bei demselben kurz nach 8 Uhr mehrere Schulleute erschienen, um ihn nach dem Polizeibureau zur Vernehmung zu beordern, fanden sie die Wohnung verschlossen. Es wurde ihnen aus wiederholtes Klingeln nicht ausgemacht. Erst nachdem ein Schloffer zu Hilfe gezogen war, gelang es die Thür zu öffnen. In demselben Moment erdote ein Schuß; mittels Revolvers hatte sich der Buchhalter einen Schuß in die linke Brust nahe dem Herzen beigebracht und war blutüberströmt zu Boden gesunken. Der Verletzte wurde, nachdem polizeilich ein Krankenwagen herbeigeholt und ein Arzt zu Rathe gezogen war, nach der Charitee überführt, wo seine Verletzungen als nicht lebensgefährlich festgestellt wurden.

Ein anderer Berichtstatter schreibt zu der Angelegenheit folgendes: Der Buchhalter Hennig, 35 Jahre alt, war bis vor einigen Monaten in einem kleinen Großgeschäft als — tätig

gewesen und bezog daselbst ein Gehalt von 8000 M. In demselben Geschäft war auch die Braut des H. als Kassirerin angestellt, doch wurde den Beiden zum 1. Januar d. J. die Stellung gekündigt. Trotzdem verheiratete sich H. mit dem Mädchen. Das Paar entnahm die Möbel, wiewohl es keine Ersparnisse gemacht hatte, auf Abzahlung aus einem Abzahlungsgehalt aus Leipzig. Es gelang Beiden nicht wieder, Beschäftigung zu finden, und so konnten sie die fälligen Raten für die Möbel nicht bezahlen, vielmehr veräußerten sie dieselben zum großen Theile. Troz seiner pekuniär ungünstigen Verhältnisse mietete der Buchhalter vom 1. April ab in dem Hause Zimmerstraße 98 in dem vierten Stockwerk eine aus vier Zimmern bestehende Wohnung zum Preise von 1000 M. Inzwischen hatte das Leipziger Haus von der Verschleuderung der Möbel Kenntniß erhalten und machte auf Grund des Pfandkontrahs Anzeig; infolge dessen begab sich bereits am Montag ein Kriminalbeamter in Begleitung zweier Schulleute nach der H.'schen Wohnung, wurde aber nicht in dieselbe eingelassen. Auch am folgenden Tage, dem Dienstag, sowie dem Mittwoch wurde den Beamten nicht geöffnet. Da festgestellt wurde, daß das H.'sche Ehepaar in der ganzen Zeit die Wohnung nicht verlassen hatte, wurde ein Schloffer herbeigeholt, welcher die Thüre erbrach. Den Eindringenden trat der Buchhalter entgegen und als er die uniformirten Schulleute sah, glaubte er, daß seine Verhaftung bevorstände. Um dieser zu entgehen, zog er einen bereit gehaltenen Revolver hervor und brachte sich einen Schuß in die Brust bei, welcher den linken Lungenlappen durchbohrte. Die Beamten, welche die rasche That nicht zu verhindern vermochten, holten einen in demselben Hause wohnenden Arzt herbei, welcher dem Schwerverletzten einen Rothverband anlegte und die Ueberführung desselben nach der Charitee veranlaßte.

Polizeibericht. Am 21. d. M. Nachmittags, glitt der Moskautischer Goldschmied im Hause des Schönhauserstr. 23/24 auf der Treppe mit einer 2/4 Zentner schweren Kiste aus und erlitt außer einer Verletzung der rechten Hüfte einen Bruch des Fußes. — Im Vorgarten des französischen Gymnasiums am Reichthagen-Ufer wurde am 28. d. M. Morgens die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — In derselben Zeit brachte sich ein Buchhalter in seiner Wohnung in der Zimmerstraße einen Schuß in die Brust bei, so daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Am 21. und 22. d. M., sowie in der darauffolgenden Nacht fanden acht kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Wegen Beschimpfung der christlichen Kirche, begangen durch Nebenwörter, die er in einer Volksversammlung in Deutsch-Wilmersdorf gebraucht haben soll, hatte sich Genosse Pö u s vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Pö u s bestreitet die Worte an sich nicht, will aber denselben eine Erklärung beigefügt und ihnen einen Sinn unterstellt haben, der seine Verurtheilung absolut ausschließt. Er meint vielmehr die Geistlichen entlich zu haben, indem er den Widerspruch, der zwischen Wissenschaft und Glauben liege, der für Gebildete, zu denen doch die Priester gerechnet werden müßten, klar zu Tage trete, gezeigt, und das Nichtverständnis für diese Widersprüche in der Erziehung der Geistlichen, die eine logische Denkweise ihnen nicht gestatte, zu begründen gesucht habe. Der erste Zeuge, ein Vertreter aus Wilmersdorf, sagt aus, daß von „den Worten Christi“, von der „Dreieinigkeit“, von „Verbumum“, von der „Empfängnis Maria“ von „Längengewebe“, von der „Sittenlehre des Kaisers“ u. s. w. gesprochen sei. Der Verteidiger, Rechtsanwält Heine, beantragt, daß die Notizen, die sich der Zeuge gemacht habe, verlesen werden sollen. Der Gerichtshof verliedert nach kurzer Berathung, daß dieser Antrag angenommen sei. Die Verlesung wirkt überaus dröselich. Die Notizen sind so kurz, so abgerissen, daß danach der Sinn, der den Worten unterlegt ist, gar nicht zu erkennen ist. „A. steht da: „Kinder nicht Religion“ — u. s. — „18 dumm“ — „Noth treibt Kirche“ — „roh Kirche“ — u. s. w. In der Hauptsache handelt es sich darum, festzustellen, ob von Geisteskranken, die ins Irrenhaus gehören, oder vielmehr von Geisteskranken, deren Bildung eine Vereinigung von Brander und wissenschaftlich feststehenden Thatsachen für zulässig hält, die also nicht direkt ins Irrenhaus gehören, gesprochen ist.

Ein zweiter Zeuge, Antrichter von Wilmersdorf, will seine Ausfagen vom Papier ablesen, wogegen der Verteidiger protestirt. Der Zeuge bittet den Vorsitzenden, die Zeugen zu schätzen, vor der Art, wie der Angeklagte seine Auffassung von dem Vortrag mit dem Bildungsstand der Zeugen zu entschuldigen sucht. Der Vorsitzende hält diese Aufforderung als aus einem Irrthum des Zeugen entspringend und entpricht ihm nicht.

Der Staatsanwalt spricht in seinem Plaidoyer von einem „Irrföhren“ des Gerichtshofes, von „ungebildeten“ Zuhörern, von „Abheiten“, und von dem Deficit in moribus des Angeklagten, ferner von der Ausdehnung der Agitation auf Umgebung von Berlin in einem unerhörten Maße, dem man zu Leibe gehen müsse und beantragte 6 Monate Gefängnis.

Verteidiger Rechtsanwält Wollgang Heine weidert sich gegen den lateinischen Ausdruck, der zu deutsch den Angeklagten als moralisch verklumpt bezeichne, erläutert dann des Röhren den Sinn, dem der Angeklagte in seinen Vortrag gelegt habe, zeigt, daß eine Neuerung in antikirchlichen Sinne nie strafbar sei und stellt es Jedermann anheim, sich mit den doch unbestreitbar vorhandenen Widersprüchen zwischen Glaube und Wissenschaft auseinanderzusetzen. Das Gesch schätze die Religion keinesfalls davor, daß durch die Behauptung von erweislich wahren Thatsachen sie irgendwie geschädigt werde, eine Beschimpfung im Sinne des § 166 liege nicht vor und daher beantrage er Freisprechung.

Der Angeklagte selbst ergänzte noch die Ausführungen des Verteidigers, indem er betont, daß es ihm unmöglich sei, die Neuerungen, die ihm zur Last gelegt sind, in so roher Weise, wie sie hier von den Zeugen wiedergegeben seien, auszusprechen, daß ihn vielmehr sein Gewissen treibe, die Wahrheit ans Licht zu bringen und Jedermann die reinen Sittenlehren der freien Wissenschaft so weit als möglich zugänglich zu machen. Er bittet den Gerichtshof sich in seinem Urtheil von keinem Parteistandpunkt beeinflussen zu lassen. Der Gerichtshof erkennt auf einen Monat Gefängnis. Denn selbst wenn die Neuerungen im mildesten Sinne, wie sie der Angeklagte darstellt, aufgefaßt würden, liege doch ein Verstoß gegen § 166 vor, es sei hier der Eindruck in Betracht zu ziehen den die Rede auf die als Zeugen Anwesenden gemacht habe.

Die drei Studenten der Theologie, Emil Mörchel, Richard Baumann und Eberhard Baumann, standen gestern wegen einer recht gräßlichen Ausschreitung vor der 92. Abtheilung des Schöffengerichts. Die Belastungszeugen gaben übereinstimmend folgende Schilderung des in Rede stehenden Vorfalls: Am Abende des 7. Oktober d. J. begab sich das Kaufmann Reimannsche Ehepaar durch die Friedrichstraße nach Hause. Schon beim Bahnhofe Friederichstraße sei es ihnen auf, daß die drei Angeklagten sich unmittelbar hinter ihnen hielten und ihnen fast auf die Ferse traten. Am Streit zu vermeiden, wurde dies Gebahren nicht beachtet. An der Weiden-dammer Brücke traten die Angeklagten plötzlich wie auf Kommando vor das Ehepaar. Reimann ersuchte sie, ihm und seiner Ehefrau Raum zu geben, erhielt aber als Antwort ohne Weiteres mit einem Spazierstock von dem Angeklagten Mörchel einen Schlag, daß ihm der Gut am Kopfe fiel. Reimann wollte sich zur Wehre setzen, wurde aber von den beiden Mitangeklagten daran verhindert. Er kam bei dem Wingen zu Falle und Mörchel schickte sich an, unter beleidigenden Neuerungen noch weiter auf Boden Liegenden einzuschlagen, er wurde aber durch

Die Volksversammlung „für die Rechte der Arbeit“ zu Mailand.

In einem der großen Theater Mailands, in der „Cannobiana“, fand die von dem Internationalen Komitee für die Rechte der Arbeit berufene Volksversammlung statt.

Am 14. Uhr wurde die Versammlung von dem Mailänder Sozialisten Croce eröffnet, und ohne Schreierigkeit der Vorsitzende des Vereins der Mazzinianer zu Rom, Antonio Fratti, zum Präsidenten erwählt.

Rouanet (Mitglied des Pariser Stadtraths und Direktor der „Nouveaux socialistes“), von lautem Beifall und den Ruf: „Es lebe Frankreich!“ empfangen, dankt im Namen der Sozialisten Frankreichs der italienischen Sozialdemokratie, daß sie als die erste in diesem Frühling den Anstoß gegeben zu einer so großartigen Bezeugung der Hochachtung der Rechte der Arbeit und zur Kundgebung des festen Willens aller Arbeiter der Erde, sich diese Rechte zu erzwingen.

Am 15. Uhr wurde die Versammlung von dem Mailänder Sozialisten Croce eröffnet, und ohne Schreierigkeit der Vorsitzende des Vereins der Mazzinianer zu Rom, Antonio Fratti, zum Präsidenten erwählt.

Als Vertreter deutscher Sozialisten erhielt E. Jacoby hierauf das Wort und sagte: „In dem ehrenvollen Auftrag, den mir die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten Vebel, Singer, Liebknecht — welche persönlich eingeladen worden waren — erteilt haben, bringe ich dieser Versammlung und dem Internationalen Komitee für die Rechte der Arbeit den herzlichsten Gruß meiner deutschen Genossen.

Zum Gedeihen der großen gemeinsamen Sache, die uns verbindet: der Rechte der Arbeit, und insbesondere für die Rechte der Arbeiter Italiens, für den Fortschritt ihrer Organisation, der von den Arbeitern aller anderen Länder so lebhaft ersehnt wird, wünsche ich dieser Versammlung den besten Erfolg!

Ein lebhafter Beifall brachte die Zustimmung der Versammlung aus, und der Vertreter schloß: „Eine mit soeben zugegangene Depesche aus Deutschland erlaube ich mir zu lesen: „Der zu Gotha versammelte Parteitag der Sozialdemokraten des Wahlkreises Gotha sendet dem Internationalen Komitee zu Mailand Gruß und beste Wünsche. Es lebe die internationale Sozialdemokratie!“ (Wiederholter Beifall.)

Der Advokat Turati, Leiter der „Lega socialista di Milano“, verlas sodann den folgenden Brief Liebknechts an das Komitee: „Werthe Genossen! Zu unserem großen Bedauern sind wir außer Stande, Eurer freundlichen Einladung zu folgen und Euch von hier unseren Vertreter zu senden.

Ein lebhafter Beifall brachte die Zustimmung der Versammlung aus, und der Vertreter schloß: „Eine mit soeben zugegangene Depesche aus Deutschland erlaube ich mir zu lesen: „Der zu Gotha versammelte Parteitag der Sozialdemokraten des Wahlkreises Gotha sendet dem Internationalen Komitee zu Mailand Gruß und beste Wünsche. Es lebe die internationale Sozialdemokratie!“ (Wiederholter Beifall.)

Der Advokat Turati, Leiter der „Lega socialista di Milano“, verlas sodann den folgenden Brief Liebknechts an das Komitee: „Werthe Genossen! Zu unserem großen Bedauern sind wir außer Stande, Eurer freundlichen Einladung zu folgen und Euch von hier unseren Vertreter zu senden.

Unter kürzlichen Zwischenfällen sprach noch eine größere Anzahl Redner, bis gegen 5 Uhr von den drei vorgeschlagenen Tagesordnungen der folgende Beschluß angenommen wurde: Die internationale Versammlung für die Rechte des Volkes, gehalten am 12. April zu Mailand, erklärt, daß die Arbeit alle ihre Rechte nur erlangen kann, wenn durch die bewußte Thätigkeit der Arbeiter die Ausbeutung durch das Kapital aufhört.

Die arbeitende Klasse zu dem Ziele zu organisieren, daß sie mit allen ihren zusammenwirkenden Kräften und mit allen möglichen Mitteln die radikale Erneuerung der Gesellschaft in ihren ökonomischen, politischen und moralischen Beziehungen sich erobere. Für dieses Ziel soll die Feier des 1. Mai als Volkskundgebung gelten.

Es darf nicht übersehen werden, daß dieser Beschluß für Italien viel unbedeutender, weil vor allem viel unklarer erscheinen muß als etwa für Deutschland. Kein Mensch vermag in Italien klar zu sagen, was „Sozialisation“ bedeutet; und jeder macht sich eine andere ungeheuerliche Vorstellung von diesem Begriff. Denn in den sogenannten gebildeten Klassen von ganz Italien verhält sich die Unwissenheit in sozialen Dingen zu der in Deutschland etwa wie ägyptische Finsterniß zur ersten Dämmerung.

Die Mailänder Volksversammlung vom 12. April lieferte, wenn nichts Anderes, doch ein Bild davon, wie es in den Gemüthern Hunderttausender von Arbeitern in ganz Italien, von den Alpen bis zur Insel Sizilien, aussieht. — Die Versammlung war oft wild und unruhig, das in Mailand erscheinende kirchliche

Blatt „La lega lombarda“ nennt sie mit leicht begreiflichem Schauer ein Pandämonium, einen Höllensaal aller bösen Geister. Dem Berichtsteller erschien sie oft wie ein sturmbelegtes Meer; aber für einen Schiffer, der ein gutes Steuer in Händen und das Ziel fest vor Augen hat, ist es eine Freude, durch solches Meer zu fahren.

Versammlungen.

Bauhandwerker-Konferenz.

Die neu gewählten Delegirten der Bauhandwerker zur Wahl des Ausschusses gemäß der früher beschlossenen Resolution traten am 19. d. Mts. zu einer Konferenz zusammen. Vertreten waren durch Delegirte folgende Bauhandwerkervereine: Maurer (3), Zimmerer (1), Maler (1), Stuckateure (3), Tapeziere (3), Töpfer (1), Dachdecker (1), Bau-Anschläger (1), Marmorarbeiter (2), Bau-Arbeiter (2), Steinmetzen (1).

Das Bureau wurde gebildet durch Töpfer Thiemer, Zimmerer Lehmann, Maurer Klümann. Zur Tagesordnung stand zunächst die Berichterstattung der Delegirten über die Stellungnahme ihrer Gewerkschaften zur Resolution.

Als erster Redner stellte Maurer Grothmann unter eingehender Begründung folgenden Antrag: „Im Auftrage der Berliner Maurer stelle ich den Antrag, den Absatz 1 in seiner Fassung wieder herzustellen, da die heutige Bewegung nicht dazu angethan ist, daß die ins Leben tretenden Organisationen mehr zu leisten, wie die bestehenden, um Mittel zu sparen und den bestehenden einen fruchtigen Ausbau zu verschaffen.“

Den gleichen Standpunkt bez. der Wiederherstellung des gedachten Absatz 1 vertraten die Delegirten der Tapeziere, Zimmerer, Stuckateure, Töpfer und Bau-Arbeiter. Die Bau-Anschläger hatten noch gar keine Stellung zur Resolution genommen und der amwesende Delegirte war der erst gewählte Marmorarbeiter Paulkat erklärte Namens seiner Gewerkschaft, mit dem Vorbehalt der Bauhandwerker nicht einverstanden zu sein und bezweifelte auch die Zugehörigkeit seiner Gewerkschaft zu den Bauhandwerkern. Die übrigen Delegirten standen auf dem Boden der beschlossenen Resolution ohne Absatz 1.

Der Vorsitzende empfahl, von einer Diskussion über den Absatz 1, welcher ebenso, wie die Resolution selber, mancher redaktionellen Aenderung bedürftig sei, abzusehen, vielmehr den Ausschuss zu wählen und diesem die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit zu überlassen.

Seitens der Stuckateure wurde freie Meinungsäußerung gewünscht und daraufhin fand nochmals eine Erörterung der Organisationsfrage beziehungsweise des vielmehrten Absatz 1 der Resolution statt.

Auf dem Boden der ersten Resolution beziehungsweise des Absatz 1 derselben standen mithin 6 Gewerkschaften, auf dem Boden der zweiten Resolution (ohne Absatz 1) standen 8 Gewerkschaften, während 2 Gewerkschaften nicht in Betracht kamen.

Die erste Resolution (Absatz 1) ist demzufolge die maßgebende. Schulz (Stuckateur) wünschte, daß dem Ausschusse die redaktionelle Aenderung der Resolution übertragen werde und daß über die so geänderte Resolution eine nochmal einzuberufende Delegirtenversammlung abgehalten werde.

Rehler war dagegen. Seiner Ansicht nach wäre eine nochmalige Abstimmung überflüssig. Der Ausschuss habe die redaktionellen Aenderungen vorzunehmen und dann sofort die praktische Thätigkeit zu beginnen.

Die Konferenz schloß sich dieser Ansicht an und ging sodann zur Wahl des Ausschusses über. Gemäß der beschlossenen Resolution hat der ausführende Ausschuss aus sieben Personen zu bestehen, bezüglich deren eine Beschränkung irgend welcher Art nicht stattfinden darf.

Die Wahl wurde durch Akklamation vollzogen. Das Wahlergebnis war das folgende: Es wurden gewählt in den Ausschuss: Thiemer (Töpfer) mit 15 Stimmen, Rehler (Maurer) mit 16 Stimmen, Lehmann (Zimmerer) mit 16 Stimmen, Freiwaldt (Tapeziere) mit 13 Stimmen, Schulz (Stuckateur) mit 17 Stimmen, Wernau (Bau-Arbeiter) mit 16 Stimmen, Hoffwegler (Maler) mit 12 Stimmen.

Der Ausschuss wird sich demnächst konstituieren. Hiermit war die Tagesordnung erledigt. Thiemer sprach Namens der Gewählten die Versicherung aus, daß der Ausschuss nach besten Kräften seine Schuldigkeit thun werde, daß er aber ebenso der thätigsten Unterstützung seitens der Gewerkschaften bedürfe und eine solche erwarte.

Die redigirte Resolution wird in entsprechender Anzahl gedruckt und unter alle Gewerkschaften vertheilt werden. Die materielle Unterstützung des Ausschusses seitens der Bauhandwerkervereine wird in die Wege geleitet werden.

Der Ausschuss wird demnächst eine Kundgebung im „Vorwärts“ veröffentlichen.

Der Unterstützungsband der Hausdiener Berlins hielt am 15. d. M. eine gut besuchte Versammlung im Otten ab, in welcher Genosse Bazarus das Referat über: „Was will die Arbeiterschaft?“ übernommen hatte. Redner fand lebhaften Beifall. An der Diskussion beteiligte sich Kollege Dopalla. Nach einem kräftigen Schlafwort des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Wanderorganisation der Unterstützungsbandes der Hausdiener Berlins macht die Ausführungen des Referenten zu den übrigen und erachtet eine gute, geschlossene, zielbewußte und alle Kollegen in sich vereinigende Organisation als geeignet, als Mittel zur Erreichung der Bestrebungen der zielbewußten Arbeiter zu gelten. Hierauf ließen sich 17 Kollegen in den Band aufnehmen. Kollege Rehler theilte noch mit, daß nur noch ein Kollege krank ist, und machte noch auf das Familienfest im Feenpalast und die Herrentour am Lusttag aufmerksam. Kollege Frende theilte mit, daß am 1. Mai eine öffentliche Versammlung im Feenpalast stattfindet.

Der Verein Berliner Hausdiener hielt am 13. April er. seine dritte ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst theilte der Vorsitzende mit, daß zwei Kollegen durch den Tod aus unserer Mitte geschieden seien, und die Kollegen ehnten das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. 88 Kollegen wurden neu aufgenommen. Es folgte nun der Vierteljahresbericht: das Vermögen des Vereins betrug am 1. Januar 1891: 4074,95 M., Einnahme im Vierteljahr 1407,55 M., ergibt eine Gesamtsumme von 5482,50 M.; die Ausgabe betrug 2856,08 M., mithin verbleibt ein Vermögen von 2626,42 M., und zwar in Papieren 2100 M., Bestand 196,42 M.; es ist somit in diesem Vierteljahr ein Defizit von 1478,58 M. zu verzeichnen. Unterstützungen wurden in diesem Vierteljahr gezahlt 680 M., darunter an Kranken in Krankheitsfällen an 20 Kollegen 655 M., an Extra-Unterstützungen in 6 Fällen 98 M., nach Hamburg wurden 30 M. geschickt. Die Sterbe-Unterstützungen betragen 490 M. Der Bericht vom Stellennachweis lautete folgendermaßen: In Stellen meldeten sich 88 Kollegen. Stellen wurden 185 gemeldet, und

zwar von Prinzipalen 131, von Kollegen 84. Befehlt wurden 97 Stellen, darunter zur Ausfüllung für kranke Kollegen 13. Aus der Vereinsbibliothek wurden im Vierteljahr 115 Bücher benutzt. Hierauf wurde der Bericht der Revisoren verlesen. Bücher und Delage für richtig befunden und sodann dem Gesamtvorstand Descharge erteilt. Nach Erledigung verschiedener Unterstüthungs-gesuche und innerer Vereinsangelegenheiten wurde bekannt gemacht, daß am 7. Juni ein Sommerfest gefeiert wird und das Entree für Mitglieder auf 80 Pf. und für Gäste auf 30 Pf. festgesetzt sei.

Die geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend, welche im vorigen Monat zu einem Bunde zusammengetreten sind, hatten am Sonntag Vormittag ihre erste Bundesversammlung. Um 10 1/2 Uhr füllte sich der geräumige Saal mit legitimierten Bundesmitgliedern bis auf den letzten Platz. Vertreten waren, mehr oder weniger stark, etwa 80 gesellige Vereine, von denen 61 bereits dem Bunde angehörten, während 15 an diesem Tage die Mitgliedschaft erworben und die übrigen in Unterhandlung wegen der Mitgliedschaft treten wollten und auch getreten sind.

Nachdem der Bundesvorstand, die Herren Schmeißer und Ulrich, den Vorsitz übernommen, erhielt der Referent des Tages, ein Herr Ulrich vom Verein „Fidelle Geister“ das Wort, um die Zwecke und Ziele, die definitive Konstituierung, sowie darnach die füglich vom Volkspräsidium genehmigten Statuten des Bundes der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend, wie der Name lautet, vorzulegen.

Seine Ausführungen gipfeln in dem § 1 der Bundesstatuten, dessen Wortlaut ist: Der Zweck des Bundes ist die gegenseitige Unterstützung der demselben angehörig Vereine. Er sucht eine Regelung der Vereinsvergnügen anzubahnen resp. auszuführen. Die Lokalfrage regelt er im Einvernehmen mit der Berliner Lokalkommission und macht es sich anheißig, in der Beziehung eine Zentralisation zu gestalten. Dem Bunde nicht angehörende Vereine unterthut er nicht und sucht dem immer mehr um sich greifenden Unwesen der Vereinsgründerei ein Ziel zu setzen. — Er gewährt den Bundesvereinen Rechtschutz (bei den kompetenten Gerichten) in Streitigkeiten mit Lokalkomitees, jedoch nur auf Befehl der Bundesversammlung und nur dann, wenn der betreffende Verein mindestens drei Monate Bundesmitglied ist. — Weitere Paragraphen betreffen, daß die Mitgliedschaft pro Verein 1 M. Einschreibgebühr und vierteljährlich voranzuzahlen 1 M. Beitrag kostet, bestimmen, daß allmonatlich eine Bundesversammlung abgehalten und alljährlich einmal ein großes Bundesvergnügen veranstaltet wird, endlich regeln sie die geschäftlichen Grundsätze. — Nach diesem referirte Herr Kauf, vom Vergnügungsverein „Fidelle“, über die ersten Vorstandsbeschlüsse und Abmachungen, welche dahin gehen, daß am 27. Juli d. J. das erste Bundesvergnügen in der „Neuen Welt“ (Bergschloß - Brauerei, Hasenbade) stattfindet. Sodann berichtete Redner, daß künftighin alle Bekanntmachungen der Bundesvereine zusammen in einer zu schaffenden händigen Rubrik im „Vorwärts“ publizirt werden sollen und erster Schriftführer Herr Jeymeißel, Lindenstr. 9, alle diesbezüglichen Anzeigen von den Vereinen zu bekommen habe. Die Bundesmitglieder sollen durch Vetheiligung die Vergnügungs-Unternehmungen der Vereine unterstützen. Auch wurde für Bußtag eine Herrenpartie nach Johannisthal, Treffpunkt 7 1/2 Uhr früh Obkirch Bahnhofs, vereinbart. Schließlich schritt die Versammlung zu den statutenmäßigen Wahlen von zwei Revisoren und einer Kontrollkommission, der die Kontrolle der einzelnen Vereine obliegt; Revisoren wurden: die Herren Gant und Herß, in die Kontrollkommission kamen: die Herren Kummer, Meier, Friedrich, Prose, Recknag, Döberz, Bräutigam, Gabron, Säger, Seidel und Poschall.

Der Verein der Militär- und Lieferungs-schneider hielt am 15. d. M. eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Zunächst besprach der Vorsitzende, Kollege Radloff, die 10—15 prozentige Lohnherabsetzung bei der Firma Sendle, Dorotheenstr. 56. Die Firma habe den einseitigen Lohnsturz zuerst schriftlich anerkannt; um so auffälliger sei ihr jetziges Verhalten. Bei der Firma Doe und Schulze, Maurerstr. 26, sei es besonders der Zuschneider, der die Löhne herabzusetzen trachte. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen Schneeweiß und Wolf als Arbeiter der Firma Sendle dahin aus, daß die angegebenen Mißstände bei der Firma Sendle nur zum Theil vorhanden seien. Die Kollegen Schulze und Bendig, die ebenfalls Arbeiter der Firma sind, traten diesen Ausführungen entgegen und kritisirten aufs schärfste das Verhalten des Herrn Sendle. Kollege Jermolow führte aus, daß den Arbeitern bei der Firma Sendle für schlechteste Röhre 25 Pf. in Abzug gebracht würden. Dem Herrn Sendle sei daher gerathen worden, lieber einen Knopfhandel zu eröffnen, welcher sich besser rentiren würde, als die Schneiderei. In gleicher Weise sprachen sich die Kollegen Kroll und Lubahn aus. Der Kassirer Frege verlas sodann die Abrechnung vom 1. Quartal 1891, Einnahme 90 M., Ausgabe 82 M., bleibt Bestand 8 M., hierzu der alte Bestand von 15 M. macht 23 M. Beim Rentanten Schulze betragen die Einnahme 85 M., die Ausgabe 76,41 M., bleibt Bestand 8,59 M., hierzu der alte Bestand von 46,55 M. ergibt einen Bestand von 55,14 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit und die Rechnungen wurden behargirt. Die Einnahme vom Stiftungsfest ergab 113,80 M., Ausgabe 96,40 M., bleibt ein Ueberschuß von 17,40 M. Bei der Fachschule betrug die Einnahme 265 M., Ausgabe 299,40 M., bleibt ein Defizit von 14,40 M. Der Vorsitzende machte zum Schluß noch bekannt, daß Herr Sendle erklärt hat, daß die Arbeiter, welche dem Militärschneider-Berein angehören, nicht mehr beschäftigt werden. Schon haben zwei Wapregelungen stattgefunden.

Eine öffentliche Versammlung der Weber und Weberinnen tagte am Sonntag, den 12. d. M., unter Leitung des Kollegen Schuster. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht der Delegirten vom ersten deutschen Textilarbeiter-Kongress erhielt Kollege Kohl das Wort und erstattete ausführlichen Bericht. Er schloß mit dem Appell an die Versammelten, sich so viel wie möglich dem neugegründeten Verbande anzuschließen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Lehmann, Schuster, Kohl und Fraulein Scholz. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung der Weber und Weberinnen erklärt sich mit den Ausführungen der Delegirten einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Kraft für eine starke Zentralisation einzutreten, für eine zahlreiche Verbreitung des Fachorgans sorgen zu wollen und für den Achtundzestag zu agitieren. In Sachen der Waiskinder wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung beschließt die Demonstration zur Erreichung eines achtstündigen Arbeitstages am Sonntag, den 3. Mai, zu feiern; ferner einen Theil des Arbeitsverdienstes am 1. Mai abzuliefern und zwar die Hälfte des Einkommens nach Hamburg an die Gewerkschaftskommission, die andere Hälfte zur Agitation der Weber Berlins und Umgegend. Die Sammlungen sollen je nach Bedürfnis durch Kollegen in den Fabriken besorgt werden. (Die einlaufenden Gelder sind an die Kollegen Schuster, Reimann und Petersdorf abzuliefern.) Ferner wurde der Antrag angenommen, die Waiskinder in Bernau gemeinsam mit den dortigen Kollegen zu begeben und dem Kollegen Gebing die Arrangirung übertragen. Nachdem noch einige Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Textilarbeiter-Bewegung die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der in Filzschuhfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am 20. April unter dem Vorsitz des Herrn Dpizh statt. Der Stadt. G. n. ad. hielt einen Vortrag über: „Naturwissenschaft“. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Lange und Schmolling. Nach dem Schlusswort des Referenten regte Herr Feschke an, ob es nicht ratsam sei, anstatt der Sammelmarken à 20 Pf., solche à 10 Pf. auszugeben, um die Kollegen mehr zur Beteiligung an den Sammlungen dadurch vielleicht heranzuziehen. Hierzu sprachen noch die Kollegen Schmolling, Lange, Dpizh, Schröder, Valerius und Meier. Kollege Dpizh erstattete zugleich Bericht über die Tätigkeit der Berliner Streik-Kontrollkommission. Es wurde beschlossen, die Sammlung in der Weise wie bisher fortzusetzen, bis sich der Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission endgültig darüber klar geworden ist, in welcher Weise in Zukunft Geldsammlungen für gewerkschaftliche Zwecke vorgenommen werden sollen. Nach längerer Diskussion über die Frage der diesjährigen Lohnbewegung

der Filzschuharbeiter, welche durch Herrn Schmolling angeregt worden, und an welcher sich die Herren Lange, Meier, Dpizh, Feschke und Schröder beteiligt hatten, wurde beschlossen, die Agitations-Kommission zu beauftragen, auf die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Versammlung zu setzen: Stellungnahme zur Lohnbewegung. — Herr Dpizh wies nochmals auf den Beschluss der letzten Versammlung der Filzschuharbeiter hin, den 1. Mai hochzuhalten und fordert die Kollegen auf, welche gewillt sind dies zu thun, sich den Genossen des sechsten Wahlkreises anzuschließen. Diese versammelten sich im Eis-Keller und machten dann nach Plöhensee hinaus. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

beteiligten sich die Kollegen Mautenhaus und Barneke. Der Kassierer verlas den Kassenbericht vom IV. Quartal. Kollege Stroder als Revisor erklärte, daß alles in bester Ordnung gefunden ist, worauf dem Kassierer von der Versammlung Entlastung erteilt wurde. Eine scharfe Kritik wurde dem Komplot gegen die deutsche Arbeiterklasse zu teil. Kollege Leoit führte aus, daß auch er einer der Betroffenen ist und sich einen Urlaub in der Tasche hat. Es sei ihm nicht möglich, in einer größeren Werkstatt zu arbeiten. Zu dem am 15. August in der neuen Welt stattfindenden Stiftungsfest sämtlicher Filialen Berlins wurden die Kollegen Arndt und Barneke ins Vergnügungskomitee gewählt. Kollege Mautenhaus theilte sodann mit, daß am Abend des 1. Mai eine Versammlung mit Frauen in Meyer's Salon, Alte Jakobstraße 88, mit dementsprechender Tagesordnung stattfindet, nachher gefelliges Vergnügen.

Verein der Lektiver. In der Filiale IV der Vereinigung der deutschen Maler, Lektiver, Anstreicher und verwandter Berufsgenossen hielt am Montag, den 13. April Stadtvorordneter Gnadt einen naturwissenschaftlichen Vortrag. An der Diskussion

Mai-Feier

des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises
am Freitag, den 1. Mai, Vorm. 10 Uhr,
im Etablissement „Eiskeller“, Chausseest. 88.
Große öffentl. Volksversammlung
mit einem dem Tage entsprechenden Thema.
Nach der Versammlung:
Arbeiterfest im Moabiter Schützenhauje (Plöhensee),
verbunden mit **Konzert und Tanz.** (Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach, nicht, wie im Programm irrtümlich durch Druckfehler angegeben, 50 Pf. Entree frei. Zu diesem Arbeiterfest ladet alle Genossen und Genossinnen zu recht zahlreichem Besuch ein
Das Komitee.

Verein zur Wahrung der Interessen d. Klavierarbeiter und verwandter Berufsgenossen.
Sonntag, den 3. Mai ds. J., in den gesammten Räumen der Gräfl. Reichsach'schen Brauerei in Stralau:

Mai-Feier

zu Gunsten des Achtstundentages.
Festrede, gehalten vom Kollegen Rob. Schmidt.
Großes Konzert,
ausgeführt von nur Berufsmusikern unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Rob. Wein.
Unter geistl. Mitwirkung der Gesangsvereine „Fiederluft“, „St. Urban“ und „Norddeutsche Schleiße“ (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes) unter Leitung des Dirigenten von „St. Urban“ Herrn Otto Gutern.
Aufführung der lebenden Bilder:
Erinnerung an den 1. Mai 1890 und Erinnerung an die Arbeiterbewegung im Jahre 1890, dargestellt von Kollegen und Kolleginnen.
Großer Ball u. Salsopolonaise sämtl. anwesender Kinder u. s. w.
Entree an der Kasse 25 Pf. Anfang präcise 4 Uhr.
Eröffnung der Kaffeeküche um 2 Uhr.
Billets vorher à 20 Pf. sind für Stralau-Kummelsburg bei Herrn Oekonom Kalbhenn in der Brauerei, im Berlin bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern, sowie im Restaurant R. o. h. r. Raungr. 78, und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben. — Fest-zeitung vom „Vorwärts“ sowie Programme am Eingang gratis. 186/32
Zu recht zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 10. Mai, (nicht den 26. April) Vorm. 10 Uhr, „Zeepalaft“, Burgstraße, (Eingang St. Wolfgangstraße):
Übungsstunde
sämtl. zum Bunde gehörender Vereine.
Es wird gebeten, die beiden Lieder, den „Mahnruf“, sowie „Arbeiterlied“ bis dahin noch gut zu üben. 105/8
Der Einberufer.

Allgem. deutscher Sattlerverein

(Filiale Berlin).
Versammlung
Sonabend, den 25. d. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Royer, Alte Jakobstr. 83.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Wilh. Wach über: „Die Entwicklung des Kapitals“.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
264/6 Der Vorstand.
NB. Sonntag, den 26. d. M., findet daselbst gemüthliches Beisammensein statt.

Fachver. d. Rohrleger u. Gehilfen

Berlins und Umgegend.
Außerordentliche General-Versammlung
am Sonntag, den 20. April, Vormittags 10 Uhr, in Feuerstein's Lokal, Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Kassenbericht. 3. Endgültige Beschlussfassung zur Auflösung des Vereins event. Wahl einer Liquidation-Kommission.
Die Mitglieder werden auf 3 1/2 aufmerksam gemacht. Diejenigen, welche noch Forderungen an den Verein haben, werden ersucht, dieselben in dieser Versammlung geltend zu machen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
256/9 Der Vorstand.

Achtung, Stereotypeure und Galvanoplastiker!

Am Sonntag, den 26. d. M., findet Marktgrafenstr. Nr. 8 eine ausserord. Generalversammlung des Vereins Berliner Stereotypeure und Galvanoplastiker und deren Hilfspersonale statt.
Tagesordnung: Statutenberatung.
Der Vorstand. 417b

Bürstenmacher!

Unterstützungsver. d. Bürsten- und Pinselmacher Deutschl. (Filiale Berlin).
Sonntag, den 26. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr, Bergstr. 12:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Entziehung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom ersten Quartal. 3. Wie verhalten wir uns zu einer außerordentlichen Generalversammlung? 4. Wie feiern wir den 1. Mai? 5. Verschiedenes. 120/8
Der Bevollmächtigte.

Saal

zu Versammlungen und allen Festlichkeiten. „Vorwärts“ und Volksblatt für die Kreise Teltow, Westow u. s. w. liegt aus. 616L
Carl Thiemig,
Besitzer des Restaurant „Wagner's Höhe“, Zehlendorf, Alisenstraße 16.
Sonntag, den 26. d. M., Ab. 8 1/2 Uhr, in 5 Minuten zu erreichen.
Am 25. d. M. erscheint: 425b
Maisch-Nummer d. Glühlichter.
Louis Abel, Sebastianstr. 29.

Best. Fleischwaren-Handlung

Lindenstr. No. 43.
Von heute ab findet der Verkauf meiner Waaren auch Markthabe Ackerstrasse, Stand 88, statt. Als besonderes empfehle ich Oldenburg. Rindfleisch ohne Knochen, à Pfd. 55 Pf. [616L] H. Mattner.
Hiermit nehme ich die zu Frau Kremsler erwiderte Beleidigung zurück. 420b
Hef.

Echte Rathenower Brillen

und Pince-nez nur mit prima Kristall-Gläsern von 1,50 Mark an.
Rudolf Reinhardt,
Finden-Strasse Nr. 94, neben der Markthalle.
Sonntags geschlossen.

Gute und gesunde Lebensmittel zu billigen Preisen.
Dubois & Co., Berlin C.,
Rene Friedrichstraße 79 vis à vis des Centralmarkt
veranstalten täglich Morgens 10 Uhr und Abends 5 Uhr
Auktionen von Lebensmitteln in für einzelne Haushaltungen geeigneten Posten zu Engrospreisen. 605L



Für Schuhwarenhändler!

Die von den ausgesperrten Schuhmachern gegründete **Deutsche Schuhfabrik, F. Rahmig & Co.,** Erfurt, Anger 8,
sucht auf allen Plätzen für ihre vorzüglichen Fabrikate zahlungsfähige Abnehmer, die den Alleinverkauf übernehmen. 596L
Man achte genau auf die an jeder Sohle angebackter Kontrollmarke.

Kontroll-

Marken-Hüte zu den bill. Preisen bei **Oscar Arnold,**
Dresdenerstr. 116.

Geschäftshaus S. Heine.

Chausseestraße 14
Die schönsten 1888L
Kinder-Kleider
für Mädchen jeden Alters, sowie **Morgenröde, Unterröde, Tricottailen u. Blousen**
auch im Einzelverkauf sehr billig! **Massbestellungen u. Reparaturen** werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14
Geschäftshaus S. Heine.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.

Ganze Ausstattungen empfiehlt **Moritz Gläser,** 614 L
167. Reichenbergerstr. 167.

Bitte lesen Sie!

Jedem, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reichhaltiges Lager von circa 1000 Sommer-Paletots, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jagd- und Hofen, Westen etc. Ferner Hüten, Ketten, Socken, Wäsche, Stiefeln, Hüte, Reise- und Holzkoffer, Waschkessel etc., sowie Damen-Mäntel und Kleider. Sämtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien,

Schneidermeister,
127 Skaligerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. [306L]
Mehlhandlung, 612L
Wantruffstr. 75. L. Brachvogel, empfiehlt 1. Feinst:
1 Pfd. 5 Pf. 1/2 Ctr.
Wienermehl . . . 0,23 1,10 1,85
Kaiserauszug . . . 0,20 0,90 1,20
Weizenmehl m.
Auszug . . . 0,18 0,80 1,00
Sultaninen (vorzüglich) à Pfd. 60 Pf.
Gr. u. kl. Rosinen . . . 40 .
Mandeln, süß u. bitter à . . . 120 .
Kravatten-Modell, das Bildniß Kaiserin's, Mary in Gold und Silber gefärbt. Prachtvolle Ausführung à 1 M.
Louis Abel, Sebastianstr. 29. 611L

Sophabezüge!

Reste in Ripps, Damast, Granit, Plüsch u. bun. Stoff. Spottbillig. **Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.**
Proben franko!
Halbfleisch.
Kalbsbrust 45 Pf. Kalbniereustrück 55 Pf. Kalbskeule 55 Pf. 618L
ff. Butter Pfd. 100—110 Pf., sowie sämtliche Sorten Käse billig.
Braunsch. u. Thür. Rothwürst Pfd. 60 Pf. Weiß. Schinken, ger., Pfd. 80 Pf.
A. Pechmann,
48 Reichenbergerstr. 48.

Betten

F. R. Retzlaff,
Bettfedern-Spezial-Geschäft
Brückenstr. 5
(Hannoversche Brücke)
Zweig-Geschäft
H. GUTTMANN
Stempel-, Schablonen-, Schilder-Fabrik
Berlin N., Brunnenstr. 9.

Im Tuchgeschäft Oranien-Str. 126. I.

Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots, sowie Damenkleider etc. Auf Wunsch auch gegen **Schuldschulden.** 597L

Sophabezüge-Reste

unter Kostenpreis. Fabrik von **Hille,** Zimmerstr. 86, Hof part. 518L
Schlafsopha
für 42 M., Mahagoni-Spind 24 M., Russl.-Berilow 35 Mark, Küchenspind 12 M., Rindervogel 11 M. Große Damburgerstr. 2, Speicher. 51P
Die proletarische Vogel- u. Cigaarenhandlung befindet sich Köpenicker Str. 90. Pinken 75 Pf. Rothfleisch 1 M., alle Arten Vögel und andere Thiere billig. Für Mehlwürmer den höchsten Preis.
Gutgehende Eck-Destillation sof. zu vert. bei Müller, Bienenstr. 16, Ecke Winterfeldstraße. 618L
Verleger und Kolporteurs, welche gesonnen sind, den Vertrieb eines äußerst geschmackvoll zusammengestellten photographischen Albums der gesammten Reichstags-Fraktion unserer Partei zu übernehmen, wollen sich gef. an das photograph. Atelier von **Peter Nissen,** Damburg-Str. Pauli, Reeperbahn 30, wenden. 611L

Achtung! Putzer!

Große öffentliche General-Versammlung der Putzer Berlins und Umgegend
am Sonntag, den 26. April, Vorm. 10 1/2 Uhr, in der Brauerei **Königstadt,** Schönhauser Allee 10-11.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Delegirten vom Berliner Bauhandwerker-Kongress.
2. Bericht der Kommission über die Statutenvorlage des geplanten Verbandes deutscher Maurer ev. Wahl der Delegirten zum 8. deutschen Maurer-Kongress.
3. Verschiedenes. 402b
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
Der Einberufer.

Achtung! Maurer Berlins. Achtung!

Sonntag, den 26. April, Vorm. 10 1/2 Uhr:
Große öffentliche General-Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend
in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Pöns über: „Welche Vorteile bietet der Tagelohn gegenüber dem Akkordlohn?“ 2. Diätenfrage der Delegirten des achten deutschen Maurer-Kongresses. 3. Bericht der Delegirten von der Berliner Bauhandwerker-Konferenz. 4. Gewerkschaftliches.
Maurer Berlins! Erscheint Alle zu der hochwichtigen Tagesordnung, denn nur durch ein festes Zusammenhalten werden wir unsere Lage verbessern. 294/20
Der Einberufer: **Karl Weisse,** Tegelerstr. 27.

Verein der Sattler und Fachgenossen.

Versammlung
am Sonnabend, den 25. April, Abends 8 1/2 Uhr, in dem neuen Vereinslokal „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45, Ecke der Prinzenstraße (Zuh. Bachmann).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Christoller über: „Lungen-Krankheiten“.
2. Diskussion. 3. Ausgabe der Billets zum 10. Stiftungsfest. 4. Verschiedenes.
Zum regen Besuch ladet ein
Gleichzeitig laden wir zu dem am Sonnabend, den 2. Mai a. c., im „Orpheum“, Alte Jakobstr. 92 (Zuh. Schmoldeh) stattfindenden
X. STIFTUNGS-FESTE
ein. Billets für Herren 50 Pf. inkl. Tanz, Damen 30 Pf. sind in der Versammlung, sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. 261/7

Mein Schuh- und Stiefel-Lager für Herren, Damen und Kinder bringe hiermit in empfehlende Erinnerung.
Albert Auerbach,
899L
Kottbuser Damm Nr. 7, nahe der Kottbuser Brücke.